

# ZUKUNFT

DIE DISKUSSIONSZEITSCHRIFT FÜR POLITIK, GESELLSCHAFT UND KULTUR

**Das vermeintlich Unmögliche wagen**  
Sonja Ablinger

**Europas Linke muss jetzt Nein sagen!**  
Hilde Mattheis

**Wir haben nichts zu fürchten  
als die Furcht selbst**  
Robert Misik

**Julius Tandler**  
Herwig Czech



## ALLE MESCHUGGE?

JÜDISCHES  
MUSEUM WIEN





# EDITORIAL

Das Wahlergebnis in Salzburg ist aus Sicht der SPÖ natürlich dramatisch, möglicherweise aber dennoch für die anstehende Auseinandersetzung bei den Nationalratswahlen lehrreich: Zum einen sollte nunmehr allen Verantwortlichen klar geworden sein, dass die selbstgenügsame Sicherheit, Platz 1 sei jedenfalls ausreichend und selbst dann ein Erfolg, wenn man neuerlich Stimmen verliert, unangebracht ist. Zum zweiten könnte das Taktieren der ÖVP in Salzburg durchaus Experimentiercharakter auch für die Bundesebene haben. Wenn die SPÖ in der Regierung sein will, dann muss eine rot-grüne Mehrheit das Ziel sein. Denn wenn man sich drittens mit der Mittelmäßigkeit von vornherein zufrieden gibt, dann könnte davon letztlich der »Im-Zweifel«-Bienenbejager Michael Spindelegger profitieren.

Starke Wahlergebnisse brauchen starke Signale für eine klare Politik. In der Rubrik »Aktuelle Debatte« greifen zwei Autorinnen ein Thema mit möglicherweise starker Symbolwirkung auf:

SPÖ-Nationalrätin **Sonja Ablinger** hat mit der Initiative [www.europa-geht-anders.eu](http://www.europa-geht-anders.eu) einen länder- und parteiübergreifenden Aufruf mitinitiiert, um einer weiteren **Verschärfung** der **Austertitativpolitik** entgegenzutreten, die sie durch den **EU-Wettbewerbspakt** drohen sieht.

Die deutsche SPD-Bundestagsabgeordnete **Hilde Matthies** argumentiert, warum auch aus ihrer Sicht der Wettbewerbspakt schädlich ist und **welche Korrekturen der europäischen Krisenbewältigungspolitik** aus deutscher Sicht notwendig erscheinen.

Um **Europas Demokratie** geht es im Beitrag von **Stefanie Wöhl**: Diese werde durch die **sieben Krisendimensionen** und die politische Reaktion darauf in eine prekäre Situation gerückt.

Einen historischen Ausflug in die **Ursprünge der 150-jährigen Geschichte der deutschen Sozialdemokra-**

**tie**, die heuer im Mai ihr Gründungsjubiläum feiert, und bis heute aktuell gebliebene Lehren dieser Gründungsgeschichte wagt **Josef Falkinger** in seinem Aufsatz.

**Robert Misik** wirft in seinem Beitrag die Frage auf, warum **Europas Sozialdemokratie** aus der durch die neoliberale Krisenpolitik verursachten Massenarbeitslosigkeit kein Kapital schlagen kann und appelliert an das sozialdemokratische Führungspersonal, **weniger Angst** vor der eigenen Politik zu haben.

**Ludwig Dvořák** hakt an einem konkreten Beispiel ein und analysiert die heikle Situation von **Frankreichs SozialistInnen** ein Jahr nach ihrem Erfolg bei den Präsidentschafts- und Parlamentswahlen 2012.

Die Diskussionen um Straßenbenennungen und **historische Ambivalenzen sozialdemokratischer Größen** werden uns in der ZUKUNFT in dieser wie in den nächsten Ausgaben beschäftigen. DÖW-Mitarbeiter **Herwig Czech** zeigt in seinem Beitrag über **Julius Tandler** einerseits die problematische eugenische Programmatik Tandlers auf, warnt aber gleichzeitig vor einer sachlich nicht gerechtfertigten Gleichsetzung von Tandlers Aussagen mit der NS-Mordpolitik bzw. vor unangebrachten Vergleichen mit Karl Luegers programmatischem Antisemitismus.

**Heinz Kienzl** verweist in seinem Beitrag auf die Erfolge des »**Austro-Sozialismus**« in den 1960er- und 1970er-Jahren.

Nach den Buchtipps untersucht schließlich **Markus Marterbauer**, welche positiven Maßnahmen in Österreich bzw. Schweden vorbildhaft für Europa sein könnten.

Wir wünschen gute Unterhaltung beim Lesen und Schauen!

LUDWIG DVOŘÁK  
Gf. Chefredakteur



# Inhalt



PETER SELLERS IN »DR. SELTSAM ODER: WIE ICH LERNE,  
DIE BOMBE ZU LIEBEN« © ÖSTERREICHISCHES FILMUSEUM

## Aktuelle Debatte

### 6 Das vermeintlich Unmögliche wagen

VON SONJA ABLINGER

### 8 Europas Linke muss jetzt Nein sagen!

VON HILDE MATTHEIS

### 12 Die »Krise« der repräsentativen Demokratie in Europa

VON STEFANIE WÖHL

### 22 Im Anfang war die Tat

VON JOSEF FALKINGER

### 32 Wir haben nichts zu fürchten als die Furcht selbst

VON ROBERT MISIK

### 36 Wohin steuert Hollande?

VON LUDWIG DVOŘÁK

### 40 Julius Tandler

VON HERWIG CZECH

### 46 Der Austrosozialismus zur Zeit des Anton Benya

VON HEINZ KIENZL

### 48 Buchtipps

Sachliches & Belletristisches

### 50 Schweden und Österreich: Wer ist das Vorbild?

SCHLUSSWORT VON MARKUS MARTERBAUER

# Das vermeintlich Unmögliche wagen

**Ohne große Öffentlichkeit** diskutieren EU-Kommission und Europas Staats- und Regierungschefs derzeit einen »Wettbewerbspakt«. Für Sonja Ablinger bedingen diese Pläne eine Politik der »Troika für alle«, die in sämtlichen EU-Staaten wirtschaftlich und sozial desaströse Sparmaßnahmen erforderlich machen würde. Sie ist daher Mitinitiatorin der Plattform »Europa geht anders« und stellt in ihrem Debattenbeitrag den Hintergrund dieser Initiative dar.

**D**ie Redaktion der Zukunft lud mich im Sommer des Vorjahres ein, in einem Beitrag zu erläutern, warum ich gegen den Fiskalpakt gestimmt hatte. Einer meiner Beweggründe waren die vielen kritischen Analysen bedeutsamer ÖkonomInnen, die diese europäische Schuldenbremse als völlig falsche Antwort auf die Eurokrise nachvollziehbar darlegten – sie sollten bestätigt werden.

Im März 2012 analysierte das Makro-Konsortium IMK-OFCE-WIFO in seiner gemeinsamen Diagnose, dass eine »synchrone Sparpolitik entsprechend dem EU-Fiskalpakt die Kluft innerhalb des Euroraums zwischen den Mitgliedsländern in Südeuropa und Deutschland sowie den übrigen Euroländern in Mittel- und Nordeuropa vertiefen« wird. Stephan Schulmeister wies kurz nach Beschlussfassung im österreichischen Parlament, den Fiskalpakt als »eine Totgeburt« aus. In einem Interview mit dem Standard erklärte er zu dessen Regelwerk: »Die EU-Staaten werden sich bemühen, aber die gesteckten Ziele nie erreichen. Irgendwann wird sich kein Hund mehr daran halten. Aber bis zur Ausstellung des Totenscheins wird es noch Millionen zusätzliche Arbeitslose geben.«

Tatsächlich stieg innerhalb nur eines Jahres die Zahl der erwerbslosen Menschen in der Europäischen Union um fast zwei Millionen – von ohnehin schon 24,7 Millionen im Vorjahr, auf die Rekordhöhe von 26,5 Millionen im März dieses Jahres. In den südlichen Ländern sind mittlerweile junge Menschen mit Beschäftigung eine Minderheit. Über 120 Millionen Bürger und Bürgerinnen in der Union sind von Armut oder sozialer Ausgrenzung bedroht – mehr als je zuvor<sup>1</sup>.

Das ist fürwahr eine in Zahlen gegossene gescheiterte Krisenpolitik der »Economic Governance«<sup>2</sup>. Jenseits dieser Zahlen ist das damit verbundene menschliche Elend noch schwerer zu fassen: In Athen prügeln sich Menschen bei Essensausgaben, um ihre Familien ernähren zu können. In Spanien kommt es trotz leerstehender Wohnungen zu massenhaften Zwangsräumungen. Heizen wurde für viele Menschen in Griechenland im letzten Winter unerschwinglich. Hunderttausende sind auf Suppenküchen angewiesen. Bedrückend formuliert es Konstantin Wecker in einem Lied: »Die Menschenwürde, hieß es, wäre unantastbar, jetzt steht sie unter Finanzierungsvorbehalt.«

Die Bilder aus dem Süden, die Statistiken der Arbeitsämter und die Berichte zur sozialen Lage der Union sprechen eine klare Sprache: die bisher gesetzten und verordneten Maßnahmen zur Bekämpfung der Krise wirken gänzlich kontraproduktiv – sie machen die Wirtschaftskrise zur sozialen Krise. Europa braucht einen fundamentalen wirtschaftspolitischen Kurswechsel.

Die Agenda der Europäischen Union ist allerdings auf das Gegenteil ausgerichtet. Im November wurde zur Verschärfung der Krisenpolitik das Konzept für eine vertiefte und echte Wirtschafts- und Währungsunion<sup>3</sup> vorgelegt, in dem ein neues »Instrument für Konvergenz und Wettbewerbsfähigkeit« eingeführt werden soll. Alle Mitgliedsstaaten sollen demnach zu Strukturreformen verpflichtet werden.

Was unter verpflichtenden Reformen zu verstehen ist, hat die deutsche Bundeskanzlerin Angela Merkel in ihrer Rede<sup>4</sup> beim Jahrestreffen des World Economic Forum in Davos

1. Pressemitteilung der Eurostat zu Armutsgefährdung und soziale Ausgrenzung in der EU27 Verfügbar unter: [http://epp.eurostat.ec.europa.eu/cache/ITY\\_PUBLIC/3-03122012-AP/DE/3-03122012-AP-DE.PDF](http://epp.eurostat.ec.europa.eu/cache/ITY_PUBLIC/3-03122012-AP/DE/3-03122012-AP-DE.PDF) [Datum des Zugriffs: 19.05.13].
2. Vgl. Klatzer, Elisabeth/Schlager, Christa (2012): Gender Dimensionen der neuen EU Economic Governance, in: Die Zukunft, 11/2012. Verfügbar unter: <http://diezukunft.at/?p=2482> [Datum des Zugriffs: 19.05.13].
3. Konzept für eine vertiefte und echte Wirtschafts- und Währungsunion. Verfügbar unter: <http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=COM:2012:0777:FIN:DE:PDF> [Datum des Zugriffs: 19.05.13].
4. Rede von Bundeskanzlerin Merkel beim Jahrestreffen 2013 des World Economic Forum. Verfügbar unter: <http://www.bundesregierung.de/Content/DE/Rede/2013/01/2013-01-24-merkel-davos.html> [Datum des Zugriffs: 19.05.13].
5. siehe [www.europa.geht-anders.eu](http://www.europa.geht-anders.eu)
6. Herbert Prantl, Genosse Sisypheos, Süddeutsche Zeitung vom 18. Mai 2013

im Jänner verdeutlicht: »Ich stelle mir das so vor – und darüber sprechen wir jetzt in der Europäischen Union –, dass wir analog zum Fiskalpakt einen Pakt für Wettbewerbsfähigkeit beschließen, in dem die Nationalstaaten Abkommen und Verträge mit der EU-Kommission schließen, in denen sie sich jeweils verpflichten, Elemente der Wettbewerbsfähigkeit zu verbessern, die in diesen Ländern noch nicht dem notwendigen Stand der Wettbewerbsfähigkeit entsprechen. Dabei wird es oft um Dinge wie Lohnzusatzkosten, Lohnstückkosten, Forschungsausgaben, Infrastrukturen und Effizienz der Verwaltungen gehen – also um Dinge, die in nationaler Hoheit der Mitgliedstaaten der Europäischen Union liegen.«

Mit anderen Worten: die Maßnahmen der Troika, die den südeuropäischen Staaten als Bedingungen für Zahlungen aus den Rettungsschirm auferlegt wurden, sollen auf alle Mitgliedsstaaten ausgedehnt werden. Die Kommission sieht in dem Konzept für die Vertiefung die »Implementierung von Strukturreformen in Mitgliedstaaten durch vertragliche Vereinbarungen« vor. Diese Verträge sind mit Zahlungen verbunden, um die »zügige Verabschiedung dieser Reformen« und die »Überwindung politischer Hindernisse« zu fördern und wohl auch, um den Druck auf die Parlamente zu erhöhen. Die Blaupause der echten und vertieften Union ist – das lässt sich daraus ablesen – die Kopie der Troika für alle und immer.

Gegen diese Vertiefung der neoliberalen Krisenpolitik hat sich nun ein breites Bündnis gegründet. Die Initiative »Europa geht anders«<sup>5</sup> wurde Mitte Mai gestartet. Mehr als 150 ErstunterzeichnerInnen (darunter viele SozialdemokratInnen, Linke, Grüne, WissenschaftlerInnen, GewerkschafterInnen, AutorInnen, kirchlich Engagierte, MenschenrechtlerInnen) aus Deutschland, Österreich, Frankreich und Italien rufen auf, die Austeritätspolitik zu beenden. Sie fordern einen dringend notwendigen Kurswechsel in der Europa-Politik. Ich bin eine der Initiatorinnen. Ich bin gemeinsam mit vielen tausenden UnterstützerInnen überzeugt, dass wir die drohende Reise in ein Europa der 1930er-Jahre verhindern können. Europa

braucht eine Kehrtwende. Ein klares Nein zum Pakt für Wettbewerbsfähigkeit ist Voraussetzung dafür.

Die Sozialdemokratie kann und muss bei einer Neuausrichtung der Politik gegen die Krise eine wesentliche Rolle spielen – auch wenn manche wohl nicht unberechtigt Zweifel hegen, denn: »Die alte Kraft ist nicht mehr da, und die Überzeugung fehlt, dass es realistisch und lohnend ist, das vermeintlich Unmögliche zu wagen. Die Kluft zwischen privaten Superreichtum und öffentlicher Armut ist himmelschreiend. Aber die SPD schafft es nicht mehr zu schreien.«<sup>6</sup> So schreibt Heribert Prantl zum heurigen 150jährigen Gründungsjubiläum der SPD.

Da liegt wohl etwas Wahres drin. Dennoch, beweisen wir das Gegenteil – wagen wir das »Unmögliche« : eine gerechte Gesellschaft, ein neubegründeten Europas, in dem BürgerInnenrechte ausgebaut werden und das Wohlergehen aller im Zentrum steht. Schließen wir einen Pakt gegen Arbeitslosigkeit, nicht für ein Wettbewerbsregime, vertiefen wir die Solidarität und nicht die Konkurrenzordnung. Ein demokratisches, soziales und ökologisches Europa der Vielen ist lohnend – und deswegen realistisch. 

**SONJA ABLINGER**

ist Abgeordnete zum Nationalrat und spö-Kultursprecherin. Sie ist Mitinitiatorin der Plattform [www.europa-geht-anders.eu](http://www.europa-geht-anders.eu).

# Europas Linke muss jetzt *Nein* sagen!

Die deutsche Bundestagsabgeordnete Hilde Mattheis argumentiert, warum Deutschlands Sozialdemokratie gemeinsam mit der gesamten europäischen Linken klar Stellung nehmen muss zum geplanten Wettbewerbspakt. Die Vorsitzende des »Forums Demokratische Linke 21« zeigt dabei die Kohärenz zwischen dem Regierungsprogramm der SPD für die Bundestagswahlen 2013 mit dem Aufruf »Europa geht anders« auf.

Im Schulterschluss machen linke Kräfte aus Österreich, Frankreich, Italien und Deutschland und anderen Staaten deutlich »Europa-geht-anders«! Wichtigste Botschaft des Aufrufes, den ich als Mit-Initiatorin bewerbe, ist: Die bisherige Austeritätspolitik, die nachweislich keine Entschuldung der Staaten gebracht hat, sondern zu massiven sozialen Verwerfungen geführt hat, muss beendet werden. Wir wollen kein Europa in dem Technokraten und Beamte bestimmen und diktieren, wir wollen ein demokratisches, soziales und ökologisches Europa der Vielen!

Sozialdemokratische ParlamentarierInnen hatten in Deutschland bereits Ende 2011 in einem gemeinsamen Papier gewarnt, dass die Krise sich weiter zuspitzen würde und die Eurozone an ihrem zutiefst markgläubigen Krisenmanagement zu zerbrechen drohe und es zu allererst die deutsche Bundesregierung sei, »die mit ihrem doktrinären Sparwahn, ihrer ideologischen Marktfixierungen und ihrem dogmatischen Zentralbankverständnis eine Lösung der Krise« verhindere.

Die Geisterfahrt an den Abgrund Europas soll jetzt, auch mehr als zwei Jahre später, ungebremst fortgesetzt werden.

Mit dem Konzept für eine vertiefte und echte Wirtschafts- und Währungsunion soll der nächste – und womöglich finale – neoliberale Triumph gefeiert werden. Und Deutschland und seine Bundeskanzlerin Angela Merkel sind die treibende Kraft dafür, dass die europäische Idee endgültig dem Markt ausgeliefert wird.

Auch wenn die Entscheidung hierüber bis nach der Bundestagswahl verschoben ist, muss uns Sozialdemokratinnen

und Sozialdemokraten klar sein: Dies ist unsere letzte Chance, uns klar und deutlich von einem Europakurs gegen die Menschen zu wenden. Unsere bisherige Haltung zu den europapolitischen Maßnahmen der Bundesregierung Merkel hat uns und den Menschen in Europa nicht geholfen. Entschließungsanträge mit Protest und Forderung und anschließende Zustimmung zu allen Maßnahmen der Bundesregierung haben keine Überzeugungskraft. Wir müssen glaubwürdig gegen diese Politik angehen!

Zu Recht haben wir im Regierungsprogramm für die Bundestagswahlen im Herbst 2013 formuliert: »Ein starkes und gerechtes Europa im Sinne der Menschen muss sich vor allem auf die großen Zukunftsaufgaben konzentrieren. Die Bändigung der Finanzmärkte, nachhaltiges Wachstum durch eine moderne, innovative Industrie und Investitionen in die Zukunft, eine friedensstiftende Politik gegenüber den Nachbarn und der Welt.«

Und wem das zu unkonkret ist, der/die findet im Regierungsprogramm auch die folgenden Aussagen: »Wir wollen kein Europa, das Spielball der Märkte ist. ... Dafür müssen wir dauerhafte und exzessive wirtschaftliche Ungleichgewichte bekämpfen. ... Wir streben einen Europäischen Investitions- und Aufbaufonds an, der die Finanzierung und Durchführung von europaweiten Programmen zur Förderung eines nachhaltigen und tragfähigen Wachstums, zur Stärkung der Binnennachfrage sowie zur Förderung von gerecht entlohnter Beschäftigung verbindlich macht.« Es lohnt sich, das Programm in Gänze zu lesen. Aber, wir Sozialdemokraten/Sozialdemokratinnen dürfen es bei diesen Bekenntnissen nicht belassen.

Wir sind aufgefordert jetzt endlich Nein zu sagen. Jetzt, wo geplant ist, dass alle Eurostaaten sich nach dem Vorbild der Agenda-Politik zu solchen Strukturreformen verpflichten sollen, wie sie den Krisenstaaten aufgedrückt worden sind, müssen wir endlich Nein sagen.

Damit werden wir im 150sten Jahr unserer Partei unserer Verantwortung gerecht und würden unser Versprechen nach Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität auf der Grundlage des demokratischen Sozialismus erneuern.

Wie »Europa geht anders« umgesetzt werden kann, findet sich nicht nur im Regierungsprogramm der SPD, sondern wird im Aufruf mit Maßnahmen der Umverteilung konkret aufgelistet:

- eine europäische Umverteilung des Reichtums durch faire Einkommen und höhere Gewinn- und Vermögensbesteuerung,
- Beendigung der Lohnsenkungspirale,
- und damit Abbau der riesigen Ungleichgewichte (enorme Leistungsbilanzüberschüsse eines Landes auf Kosten von -defiziten eines anderen Landes) zwischen den Ländern innerhalb der Währungsunion,
- Stärkung der ArbeitnehmerInnenrechte, ArbeitnehmerInnenschutzbestimmungen und Gewerkschaftsrechte,
- Wiederregulierung und Schrumpfung der Finanzmärkte,
- Umfassende Demokratisierung der europäischen (Wirtschafts-)Politik
- Vereinbarungen zur Verringerung der Erwerbslosigkeit in allen EU-Staaten
- ein europäisches Investitionsprogramm zum Ausbau der Infrastruktur und zum ökologischen Umbau sowie
- eine – schrittweise zu entwickelnde – europäische Sozialunion.

Und auch im »Marschallplan für Europa« des Deutschen Gewerkschaftsbundes wird deutlich, wie durch Konjunktur-,

Investitions- und Aufbauprogramme Impulse für qualitatives Wachstum in Europa gesetzt werden können.

Hierfür braucht es Mehrheiten. Mit »Europa geht anders« ist ein Ländergrenzen überschreitender Aufruf gelungen. Das ist noch kein Durchbruch für eine andere Politik, aber ein starkes Signal in die nationalen Parlamente hinein, dass die Grundidee von einem demokratischen, friedlichen und sozialen Europa trägt. Und Helmut Schmidt hat dies in seiner vielbeachtete Rede auf dem Parteitag am 04.12.2011 mit der Aufforderung verbunden: »Lasst uns deshalb dafür arbeiten und kämpfen, das die historisch einmalige Europäische Union aus ihrer gegenwärtigen Schwäche standfest und selbstbewusst hervorgeht.« In diesem Sinne lasst uns arbeiten und kämpfen.



**HILDE MATTHEIS**

ist Mitglied des Deutschen Bundestages  
und Bundesvorsitzende des Forums Demokratische  
Linke 21 der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

# ALLE MESCHUGGE?

JÜDISCHES MUSEUM WIEN

**Alle meschugge? Jüdischer Witz und Humor** – Bis 8. September 2013

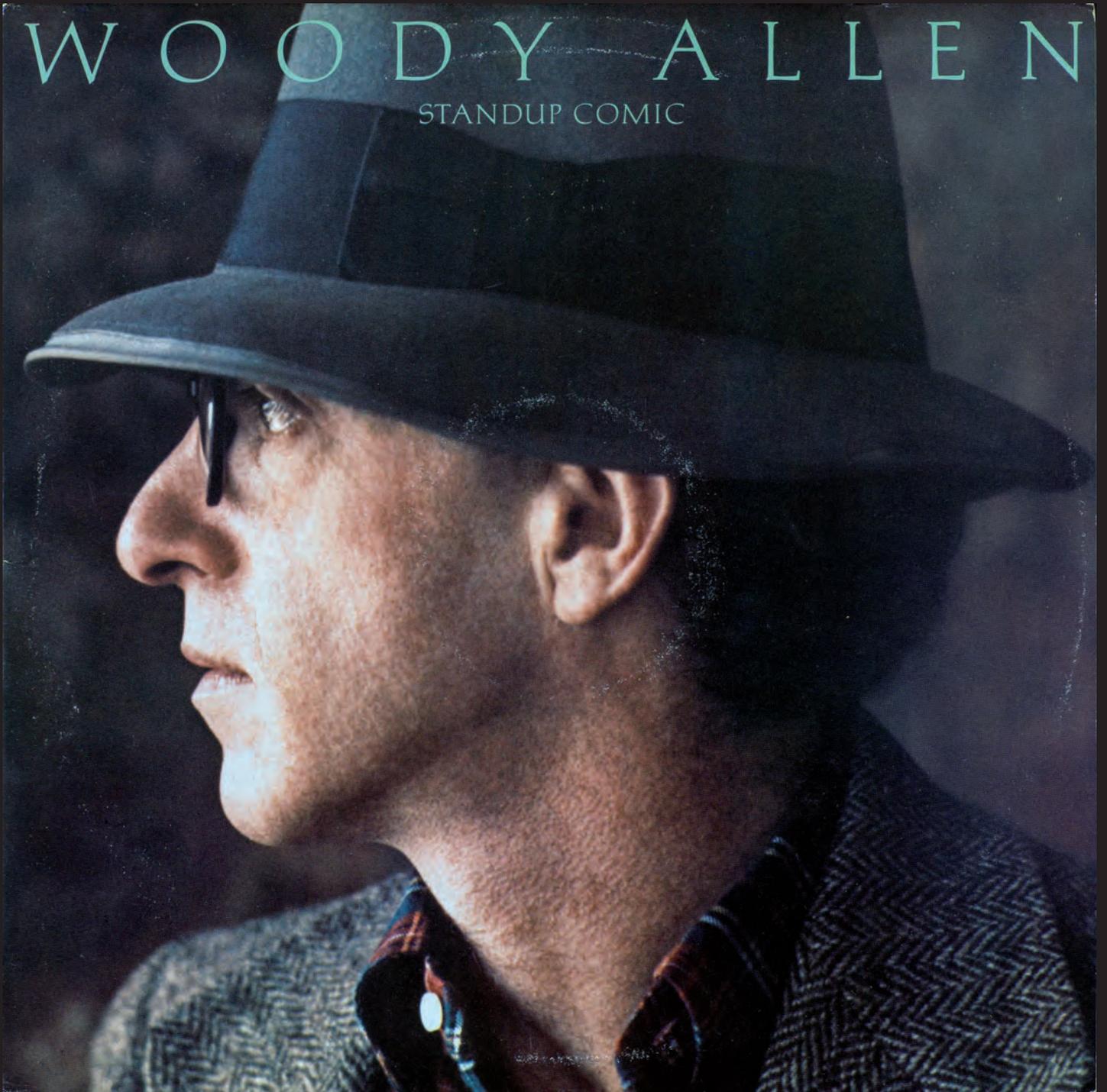
Humor ist ein wesentlicher Bestandteil jüdischen Lebens. Er reflektiert das innerjüdische Verhalten und spiegelt den Umgang mit einer oft feindseligen Umwelt. Das Jüdische Museum Wien zeigt das breite Spektrum des jüdischen Humors, von seinen Wurzeln in Osteuropa bis zu Ephraim Kishon in Israel sowie Billy Wilder, Mel Brooks oder Woody Allen in Hollywood. Von der jiddischen Tradition, in der auch der jüdische Witz seine Wurzeln hat, über den Humor in Wien und Berlin in den 1920er und 30er Jahren bis hin zum Lachen im Exil und im Angesicht der Shoah.

Jüdischer Humor reicht von den traditionellen Geschichten der weisen Männer von Chelm (vergleichbar mit den Schildbürgern) oder von Herschel Ostropoler (eine Till-Eulenspiegel-Figur) über die Geschichten Scholem Alejchems bis zu den oft rauen Jargon-Stücken der Berliner Herrnfelds und der Budapester Orpheumgesellschaft. Figur) über die Geschichten Scholem Alejchems bis zu den oft rauen Jargon-Stücken der Berliner Herrnfelds und der Budapester Orpheumgesellschaft.

Jüdisches Museum Wien | Dorotheergasse 11 | 1010 Wien | [www.jmw.at](http://www.jmw.at)

# WOODY ALLEN

STANDUP COMIC



SCHALTPLATTE WOODY ALLEN  
© PRIVATSAMMLUNG LEONHARD KUBIZEK

# Die »Krise« der repräsentativen Demokratie in Europa

Die Finanz- und Wirtschaftskrise der letzten Jahre übersetzt sich immer deutlicher in eine Krise der Repräsentation. Stefanie Wöhl zeigt die vielschichtigen Aspekte und Herausforderungen für gegenwärtige Demokratien auf.

**W**Wenn gegenwärtig über eine Krise oder den Zustand der repräsentativen, liberalen Demokratie in Deutschland (vgl. Mörschel/Krell 2012) und über verschiedene Dimensionen von »Postdemokratie« (vgl. FJNSB 2006 und ZPTH 2011) diskutiert wird, dann bezieht sich dies oft auf den empirischen Sachverhalt, dass in den repräsentativen Demokratien westlicher Nationalstaaten Grundfunktionen demokratischer Institutionen gefährdet seien und z. B. konventionelle Partizipationsmuster, wie etwa die Mitgliedschaft in Parteien, schwinden, die Wahlbeteiligung sinkt (vgl. de Nève 2009) und die Entscheidungsbefugnisse von Parlamenten z. T. in externe Expertengremien (wie den Ethikrat oder die Hartz-Kommission in Deutschland) ausgelagert werden. Zumeist werden damit bestimmte Verfallstendenzen beschrieben, die von einem Idealzustand oder einer demokratischen Beratungsbefugnis von Parlamenten und einer hohen Partizipationsrate an Wahlen im historischen Vergleich ausgehen (vgl. Crouch 2008).

Meines Erachtens muss jedoch über diese empirisch belegbaren Tendenzen hinaus, auch der mögliche Rückgang repräsentativer Entscheidungsbefugnisse in nationalen, liberalen Demokratien während der Finanzkrise thematisiert und Demokratie als Herrschaft des Volkes neu diskutiert werden, wenn man sich den derzeitigen institutionellen, ökonomischen und demokratischen Krisenphänomenen, die vor allem die nationalstaatliche Form der liberalen, repräsentativen Demokratie betreffen, in Europa und den EU-Mitgliedsstaaten annähern will.

Ich möchte dies im Folgenden anhand des Spannungsfeldes zwischen den supranationalen Institutionen der EU und deren zunehmenden nicht-demokratischen Tendenzen sowie anhand ausgewählter politischer Prozesse nationalstaatlicher

repräsentativer Demokratien diskutieren. Zuerst (1.) wird eine kurze Reflexion des Krisenbegriffes vorgenommen, um (2.) die derzeitigen ökonomischen Krisenentwicklungen und ihre exekutiv orientierten politischen Regulierungen vor diesem Hintergrund näher zu betrachten. Anschließend wird (3.) Protest in der Demokratie in diesem Zusammenhang verortet, um abschließend (4.) sieben Dimensionen einer grundlegenden Krisenhaftigkeit der Demokratie zusammenfassend zu betrachten. Meine These ist, dass die verschiedenen Dimensionen von Krisenhaftigkeit in ihrem Zusammenwirken derzeit Entdemokratisierungsprozesse auslösen und eine weitere Schwächung repräsentativer Funktionen westlich liberaler Demokratien herbeiführen können.

## WELCHE KRISE? KRISE ALS NORMATIVER BESTANDTEIL VON DEMOKRATIE

Die derzeit oft aufgeworfene und in den Medien viel diskutierte These, dass die liberale Form repräsentativer Demokratie in der Krise sei, ist aus politikwissenschaftlicher Perspektive historisch im Prinzip nicht neu. Seit den 1960er Jahren wurde immer wieder über die Krisenhaftigkeit der liberalen Demokratie debattiert (vgl. ideengeschichtlich Macpherson 1983). Die Krisenhaftigkeit der Demokratie in ihrer jeweiligen historischen Ausgestaltung ist der Debatte über Demokratie daher inhärent. Ende der 1990er Jahre wurde die wissenschaftliche Auseinandersetzung über die Krise der Demokratie, die bereits damals an verschiedenen Faktoren festgemacht wurde, erneut aufgegriffen und nun in der Postdemokratiedebatte weitergeführt (vgl. Dahrendorf 2002; Buchstein/Nullmeier 2006; Ritzi 2010; sowie die Beiträge in APuZ 2011/1-2).

Der griechische Wortstamm des Wortes Krise – krinein, griech. für entscheiden – kommt dem Herrschaftsbegriff im zweiten Teil des Wortes Demokratie, kratie, Herrschaft, bzw.

kratein, herrschen, auch sehr nahe, wenn es darum geht, dass Demokratie bedeutet, permanent verfahrensgültige, legitimierte Entscheidungen zu treffen. »Krise« scheint also allein schon begrifflich dem Demokratiebegriff nahe zu stehen.

Der Krisenbegriff ist dabei selbst stark normativ besetzt, wie bereits Jürgen Habermas, in seinem frühen Aufsatz zu den Legitimationsproblemen im Spätkapitalismus (1973) anmerkte. Eine Krise, so Habermas, mit politischer, ökonomischer oder sozialer Indikation, impliziert immer Widersprüchlichkeiten und ein Aufbrechen bisheriger (Wirtschafts-)Zyklen, demokratischer Institutionen, sowie eine Infragestellung von Machtverhältnissen oder bestehender identitärer Vorstellungen.

Dass die jetzigen, einleitend erwähnten, Krisenphänomene, wie sinkende Wahlbeteiligung und zunehmender Populismus (Jörke 2011) in der liberalen, repräsentativen Demokratie die jeweilige Entfaltung einer grundlegenden Krisenhaftigkeit sind, die in vielfältiger Weise die Demokratie als Herrschaftsform durchzieht, muss in der Analyse der Krisenförmigkeit repräsentativer Demokratien daher auch Beachtung finden. Sie sind wesentliche Bestandteile der Krise repräsentativer Demokratie. Sie gehören zu den jeweils unterschiedlichen Dimensionen einer grundlegenden Krisenhaftigkeit und zu Entdemokratisierungsprozessen, die in der derzeitigen Finanz- und Wirtschaftskrise zudem besonders hervortreten.

Auf diese verschiedenen Dimensionen von Krisenhaftigkeit möchte ich im Folgenden näher eingehen und erläutern, warum die repräsentative, liberale Demokratie in der jetzigen Finanzkrise erneut vor grundlegenden Herausforderungen steht. Das bedeutet nicht, dass nur die Demokratie krisenhaft oder sie krisenhafter als andere Herrschaftsformen ist, sondern dass die liberale, repräsentative Demokratie über ein ganzes Set von Krisendimensionen verfügt, wie etwa das Problem des Populismus oder z.B. die Spannung zwischen den Demokratieformen von direkter oder repräsentativer Demokratie

und ihren je eigenen Vor- und Nachteilen. Demokratierelevant werden die verschiedenen Krisendimensionen besonders dann, wenn zunehmend einseitig exekutiv orientiert regiert wird und auch die parlamentarische Öffentlichkeit minimiert wird, und somit das liberale Demokratieverständnis selbst zur Disposition steht (vgl. Brown 2011; Wöhl 2011).

## ÖKONOMISCHE KRISENENTWICKLUNGEN UND DIE EXEKUTIVE

Um meine These, dass die derzeitige Finanz- und Wirtschaftskrise die parlamentarische, repräsentative Demokratie besonders herausfordert und in grundlegenden Funktionen gefährdet, zu fundieren, braucht es eine Antwort auf die Frage, inwiefern und warum gerade jetzt etwas sichtbar wird, das vorher nicht in gleicher Weise artikulierbar war. Die westlichen, liberalen repräsentativen Demokratien wirken den systemischen Problemen, die dem finanzmarktbezogenen Kapitalismus inhärent sind aktuell nur begrenzt entgegen.

In diesem Prozess der politischen und ökonomischen Krisenbewältigung greifen die nationalstaatlichen RepräsentantInnen weiterhin gerne auf Expertenmeinungen zurück (vgl. bereits Rancière 1995) oder bedienen sich exekutiv orientierter Maßnahmen, indem z.B. innerhalb der EU neue Formen von »Economic Governance«-Prozessen zwar durch das Europäische Parlament abgestimmt werden, dem Europäischen Parlament in der Folge aber keine weiteren Rechte der Mitbestimmung eingeräumt werden, über diese verabschiedeten Richtlinien und Verordnungen politisch bei Bedarf neu zu entscheiden. Nun ist gerade die EU in ihrem institutionellen Gefüge weit davon entfernt, einer nationalstaatlichen, repräsentativen Demokratie nahe zu kommen; sie kann jedoch als Beispiel herangezogen werden, warum auch die nationalstaatlichen, repräsentativen Demokratien derzeit vor neuen demokratiepolitischen Herausforderungen stehen.

Eine Form dieser neuen »Economic Governance«-Prozesse in der EU ist das »Sixpack«. Mit diesem seit Ende September

2011 rechtskräftigen Paket aus sechs Rechtsakten (5 Verordnungen und einer Richtlinie) wird der seit 1996 bestehende Stabilitäts- und Wachstumspakt der Wirtschafts- und Währungsunion gestärkt und durch ein Verfahren zur wettbewerblichen Restrukturierung ergänzt. Die Europäische Kommission will so im Bündnis mit den Staats- und Regierungschefs den Stabilitäts- und Wachstumspakt durch ein Verfahren zur »Vermeidung und Korrektur makroökonomischer Ungleichgewichte« ergänzen und entsprechende Sanktionsmöglichkeiten gegenüber den Mitgliedsstaaten verbindlich regeln (vgl. Klatzer/Schlager 2011).

Darüber hinaus wird die Rolle der Europäischen Kommission in den entsprechenden Verfahren aufgewertet: In Zukunft soll die Brüsseler Exekutive Entscheidungen, insbesondere auch die Verhängung von Sanktionen gegenüber den Mitgliedsstaaten, faktisch alleine treffen können durch das sogenannte »Reverse Majority Rule« (vgl. Oberndorfer 2011). Dieses sieht vor, dass Vorschläge der Kommission als angenommen gelten, wenn sie nicht innerhalb von 10 Tagen durch das Veto des Europäischen Rates mit einfacher Mehrheit verhindert werden.

Vorher musste sich die Kommission mit 62 Prozent Mehrheit die Zustimmung für ihre Vorschläge sichern. Mit dem Argument, schnell und effektiv handlungsfähig zu bleiben während der derzeitigen Finanz- und Wirtschaftskrise, werden so evtl. aber auch demokratische Entscheidungsprozesse eingeschränkt, da diese Zehn-Tage-Frist für Prüfung, deliberative Beratungen und ein eventuelles Veto des Europäischen Rates sehr kurz ist und kaum realisierbar erscheint. Das Europäische Parlament ist an diesem Prozess noch nicht einmal mehr beteiligt.

Gleichzeitig wird in den von Austeritätsmaßnahmen betroffenen Nationalstaaten den Protesten der Bevölkerungen gegen diese Politikvorgaben, vor allem in Griechenland, Spanien und Portugal, mit rein exekutiven Mitteln begegnet, wie,

um ein Beispiel zu nennen, der spanische Innenminister Jorge Fernández Díaz in einem Gesetzesentwurf vorsieht, der u.a. »Anstiftung zur Störung der öffentlichen Ordnung durch Medien oder soziale Netzwerke« (Der Standard, 13.4.2012) mit bis zu zwei Jahren Gefängnis zu bestrafen gedenkt. Der umstrittene katalonische Innenminister Puig hofft dabei darauf, dass »die Leute mehr Angst vor dem System haben und deshalb nicht mehr so wagemutig sind [öffentlich zu protestieren; Anm. sw]« (ebd.).

Regierungsverantwortliche greifen zudem in der derzeitigen Finanz- und Wirtschaftskrise, die mittlerweile diskursiv zu einer Staatsschuldenkrise geworden ist, gerne auf die Notwendigkeit und Begründung des »schnellen Handelns« zurück, da sonst die Finanzmärkte nicht befriedet würden und es somit durch Ratingagenturen noch schneller zu Abstufungen einzelner Länderbonitäten komme. Diese Logik angeblicher Sachzwänge, die immer schon den Interessen der Finanzmärkte hinterher eilt, und somit quasi den systemischen Widerstreit zwischen Demokratie und Finanzmärkten in der Finanzkrise aufrecht erhält, anstatt demokratische Prozesse zu dessen politischer Steuerung einzuführen, erfordere für die parlamentarische Mitbestimmung, um es in den Worten der deutschen Bundeskanzlerin auszudrücken, Folgendes: »Wir leben ja in einer Demokratie und das ist eine parlamentarische Demokratie und deshalb ist das Budgetrecht ein Kernrecht des Parlaments und insofern werden wir Wege finden, wie die parlamentarische Mitbestimmung so gestaltet wird, dass sie trotzdem auch marktkonform ist, also dass sich auf den Märkten die entsprechenden Signale auch ergeben«.<sup>1</sup>

Diese »marktkonforme« politische Logik und politische Rationalität des Regierens durchzieht mittlerweile Teile der Exekutive und des öffentlichen parteipolitischen Elite-Diskurses ohne dabei das eigene Demokratieverständnis oder die Legitimität ihrer Argumente infrage zu stellen. Diese marktorientierten Tendenzen und politischen Rationalitäten des exekutiv orientierten Regierens sind derzeit ein deutlich

1. Siehe <https://www.youtube.com/watch?v=rIRoVwpG7DQ> [25.09.2012] sowie eine andere Interpretation dieser Aussage von Jasper von Altenbockum in FAZ.net unter <http://www.faz.net/aktuell/politik/harte-bretter/harte-bretter-irrweg-in-der-krise-11712359.html> vom 15.04.2012 [25.09.2012]
2. Im Urteil des deutschen Bundesverfassungsgerichtes (BVerfG) vom 12. September 2012, in dem es um die Grundgesetzkonformität des Europäischen Stabilitätsmechanismus und Fiskalvertrages ging, hat das BVerfG zu Recht keine politische Entscheidung getroffen oder gar die Rolle der Legislative oder Exekutive übernommen, sondern sich weiterhin als Judikative verhalten, um somit die demokratische Rechtsstaatlichkeit an sich, nämlich die liberale Gewaltenteilung, aufrecht zu erhalten.

hervortretendes Symptom und Bestandteil der Krise der repräsentativen Demokratie (vgl. Habermas 2011; Wöhl 2011). Wenn die Exekutive, wie in Deutschland in Form der Bundesregierung, nicht mehr das Parlament zu Euro-Rettungsschirmen entscheiden lassen, sondern dies einer parlamentarischen Expertenkommission übertragen wollte, was letztlich allein durch eine Klage und durch ein Urteil des Bundesverfassungsgerichtes im Jahr 2011 scheiterte<sup>2</sup>, dann stellt sich die Frage, wie sehr noch das Prinzip der (parlamentarischen) Öffentlichkeit – laut Nancy Fraser die »konzeptuelle Bedingung der Möglichkeit von Kritik an ihrer mangelnden Umsetzung« (Fraser 1996: 179, Fn. 15) – als grundlegendes Merkmal von liberalen, repräsentativen Demokratien aufrecht erhalten wird.

Wenn die Judikative die Legislative in ihrer parlamentarischen Form und als wesentlichen Bestandteil der Gewaltenteilung in der Demokratie verteidigt, dann besteht die Krise der repräsentativen, liberalen Demokratie noch nicht darin, dass sie Gefahr läuft, die Unabhängigkeit und die ursprünglichen Aufgaben ihrer politischen Institutionen zu gefährden, wie manche demokratietheoretischen Positionen in anderer Hinsicht bezüglich des Einflusses und der Durchdringung einer Marktlogik auf wesentliche Institutionen der Demokratie befürchten (vgl. Brown 2005, 2011). Es bleibt eher abzuwarten, ob bei der kommenden Bundestagswahl in Deutschland sich die Mehrheit der Repräsentierten von ihren RepräsentantInnen noch repräsentiert sieht und wie öffentlich und demokratisch legitimiert die politischen Auseinandersetzungen um zukunftsweisende politische Entscheidungen im Rahmen der Finanzkrise weiterhin geführt werden.

Diese krisenhafte Dimension der politischen Repräsentation, also das Schwinden von Transparenz und Öffentlichkeit durch exekutiv orientiertes Regieren, die Einführung exekutiver Krisenlösungsstrategien auf der supranationalen Ebene der EU und in einzelnen Nationalstaaten, wird derzeit über die globale Wirtschafts- und Finanzkrise verstärkt. Hinzu kommt, dass demokratische und soziale Grundrechte in einigen Län-

dern zunehmend gefährdet werden, weil u.a. die Arbeitslosigkeit stark gestiegen ist (wie z. B. in Spanien, Portugal und Griechenland) und die vorgegebenen Austeritätsmaßnahmen keinen alternativen Weg zur Lösung der nationalen Haushaltsdefizite ermöglichen. Der Stabilitäts- und Wachstumspakt von 1996 sowie die nachfolgenden Regelungen wie das »Sixpack« und der Euro-Plus-Pakt sind weiterhin rein wettbewerbsorientiert und geben nur monetäre Konvergenz- und Stabilitätskriterien vor (vgl. Fischer-Lescano/Kommer 2011). Die demokratische Konsenserzeugung kann aufgrund dieser Kriterien und der strikten Austeritätsprogramme in den von der Finanzkrise besonders hart betroffenen Ländern nicht mehr unbedingt mehrheitlich aufrechterhalten werden und die soziale Krise nicht flächendeckend auffangen. Im Gegenteil: Die seit 2008 erfolgte Problemverschiebung von einer »Finanz-« zu einer »Staatsschuldenkrise« macht demokratische Staaten nun haftbar für Privatbanken und sozialisiert das sogenannte »Systemrisiko«. Besonders in Spanien, Griechenland und Portugal hat dies bereits jetzt gravierende Folgen für die Sozialsysteme, den Gesundheitszustand und die Existenzsicherung der breiten Bevölkerung sowie den sozialen Frieden und den Zustand der repräsentativen Demokratie im jeweiligen Land.

## PROTEST IN DER DEMOKRATIE

Dass einige Mitgliedsstaaten der EU sich derzeit in einer Krise ihrer repräsentativen, liberalen Demokratien befinden, lässt sich jedoch noch nicht mit den eben angeführten Beispielen allein begründen. Auch die internationalen Proteste von »Occupy Wall Street« bis hin zu »Echte Demokratie. Jetzt!« in Spanien und andernorts weisen darauf hin, dass das repräsentative System der liberalen Demokratien nicht mehr unbedingt die Mehrheit der Bevölkerungsinteressen spiegelt (vgl. Castellanos/ Henar/González 2011). In Spanien ist nach der Neuwahl 2011 die Wahlbeteiligung um zirka 5 Prozent gesunken und seitens der Protestierenden wurde und wird auf die nicht vorhandene Repräsentation in den Demonstrationen und Platzbesetzungen im vergangenen Jahr und auch jetzt immer wieder hingewiesen. »Das Volk« werde nicht mehr repräsentiert,

jedenfalls jener Anteil der Bevölkerung, der sich bereits in der sozialen Abwärtsspirale befindet. Die »Occupy Wall Street«-Bewegung in den USA und andernorts richtete sich währenddessen gegen die Macht der Großfinanzdienstleister. Gefordert wird und wurde eine Neubestimmung von finanzmarktpolitischer Steuerung und Entscheidungen. Dazu gehören die Beschränkung der Macht von Groß- und Zentralbanken, die keiner demokratischen Kontrolle unterliegen, sowie in der EU auch eine Kritik an der EZB und ihr bisher alleiniger Zweck der Geldwertstabilität (vgl. Wöhl 2012 und 2010).

Grundsätzlich geht es in diesen Protesten um die unspezifizierte Forderung nach einer nachhaltigen und demokratischen Lebensweise und darum, diese Lebensweise nicht vom finanzmarktdominierten Kapitalkreislauf und somit von den finanzmarktbezogenen spekulativen monetären Kreisläufen und ihrer hohen Volatilität abhängig zu machen. Die Protestierenden wollen bestimmen, wie sie leben, und sich dabei nicht von mächtigen finanzmarktorientierten Lobbygruppen oder Finanzkonzernen die Rahmenbedingungen für das demokratische System vorgeben lassen.

Das heißt auch, die als »Sachzwang« notwendig argumentierten Kürzungen im öffentlichen Sektor und in den Arbeitsverhältnissen nicht einfach hinzunehmen und die Arbeitsmärkte und demokratische Verfahren nicht von den Finanzmärkten abhängig zu machen. Es geht diesen Protest-Bewegungen also darum, Demokratisierungsprozesse einzufordern, die von den institutionellen politischen RepräsentantInnen und Regierenden in Form der politischen Repräsentation der Bevölkerung nicht mehr eindeutig zu deren Gunsten wahrgenommen wird (vgl. Lorey 2011; Kastner/Lorey/Raunig/Waibel 2012). Teile der sogenannten »Mittelschicht« und eine zunehmende Gruppe von sozial Prekarisierten innerhalb der EU und in den USA haben durch diese Proteste darauf hingewiesen, dass sie sich weder von den politisch gewählten RepräsentantInnen noch von zivilgesellschaftlichen Organisationen angemessen mit ihren Interessen vertreten sehen.

## DIMENSIONEN DER DERZEITIGEN KRISENHAFTIGKEIT DER DEMOKRATIE

Kommen wir also zurück zu der Reflexion, dass die liberale repräsentative Demokratie schon immer krisenförmig ist: Sie lässt sich in erster Dimension als permanent krisenhaft beschreiben, weil sie generell Entscheidungsdruck für alle Wahlberechtigten und deren politische RepräsentantInnen bedeutet. Daraus folgt, dass es nicht darum gehen kann, die Krisenhaftigkeit der repräsentativen Demokratie an sich zu überwinden, denn das wäre das Ende der Demokratie als »unendlicher Aufgabe« (Derrida 2003; siehe auch Richter 2006).

Die Demokratie lässt sich in einer zweiten Dimension als krisenhaft beschreiben, weil die Gesellschaftsstruktur und die Ökonomie sich einerseits schneller verändert haben, als die politische, institutionelle Struktur der repräsentativen, liberalen Demokratie diese Systemwidersprüche – zwischen nicht demokratisch agierenden ökonomischen AkteurInnen einerseits und dem demokratischen, politischen System andererseits – demokratisch aufgreifen und dementsprechend neue Partizipations- und demokratische Repräsentationsformen in den unterschiedlichen Systemen entwickeln könnte. D.h. es gibt eine allein am Tempo der gesellschaftlichen und sozio-ökonomischen Veränderung im 20. Jahrhundert festzumachende Repräsentationskrise (vgl. Virilio 1984), die sich in den seit 1968 verstärkten Problematisierungen eben dieser Repräsentationen bzw. nicht realisierter Repräsentationen manifestiert.

Gleichzeitig ist Repräsentation an sich in diesem Fall nicht die alleinige Lösung, sondern Teil des Problems, und insofern die dritte Dimension von Krisenhaftigkeit der repräsentativen Demokratie; denn wie soll verhindert werden, dass auch in Zukunft nur die gehört werden, die die Macht haben zu sprechen und somit repräsentiert zu werden? Das Problem der Nichtrepräsentation von marginalisierten Interessen in liberalen repräsentativen Demokratien wird schon lange seitens postkolonialer und feministischer TheoretikerInnen hervorgehoben (vgl. u.v.a. Sauer 2011) und verschiedene Frauen-

bewegungen stellen das liberale, demokratische Repräsentationsverständnis seit mehr als 150 Jahren in Frage. Denn die liberale Demokratie ist historisch immer schon von spezifischen Ausschlüssen geprägt, sei es durch die mangelnde Repräsentation bestimmter Interessen von sozial Marginalisierten oder der mangelnden Repräsentation der Interessen von denjenigen, die mit sozialen Reproduktionsleistungen beschäftigt sind. Das bestehende ökonomische System gesellschaftlicher, geschlechtsspezifischer Arbeitsteilung müsste hierfür stark verändert werden, um die Partizipationsmöglichkeiten z.B. von Frauen zu erhöhen, wie demokratiebezogene Studien immer wieder belegt haben (vgl. Westle/Schoen 2002).

Insofern ist die derzeitige Wirtschafts- und Finanzkrise zumindest aus heuristischen Gründen, so zynisch es auch klingen mag, bemerkenswert: denn sie macht offensichtlich, dass die gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse so gestaltet sind, dass die im 19. und 20. Jahrhundert entstandenen Repräsentationsformen der repräsentativen Demokratie derzeit als nicht ausreichend erscheinen, weil sie nicht mehr dem erhöhten Partizipationsbedarf bestimmter Bevölkerungsgruppen entsprechen (vgl. de Néve/Olteanu 2012).

Die Krise der repräsentativen Demokratie wird in dieser Hinsicht dann virulent, wenn die Herrschaftstragenden aufgrund der ökonomischen Krisenverschärfung nicht einmal mehr über die materiellen Ressourcen verfügen, sich selbst zu beherrschen im Sinne dessen, ein selbst bestimmtes Leben führen zu können, wie derzeit in Spanien und Griechenland immer offensichtlicher wird; geschweige denn, dass sie innerhalb der demokratischen Herrschaftsstruktur eine merkbare Macht ausüben könnten jenseits dessen, alle vier bis fünf Jahre zur Wahlurne zu gehen. Diese Dimension von Krisenhaftigkeit belegen auch die von Pierre Bourdieu vorgelegten empirischen Ergebnisse, dass Angst und Ärger dann als Folgen sozialer Ungleichheiten eintreten, wenn die Benachteiligten nicht mehr das Gefühl haben, über ihr eigenes Leben autonom entscheiden zu können (vgl. Bourdieu u.a. 1997). Demokra-

tiewirksam wird dies dann, wenn die Kritikfähigkeit der Bevölkerung zu mehr unkonventioneller politischer Beteiligung in Form von Protest führt und in Generalstreiks mündet, wie sie in Griechenland und Spanien bereits stattgefunden haben.

In dieser Situation lässt sich eine vierte Dimension der Krisenhaftigkeit der repräsentativen, liberalen Demokratie festmachen, die in der Verminderung sozial-ökonomischer Existenzsicherung und grundlegender sozialer Rechte besteht. Diese sind in ihren Auswirkungen unberechenbar, so dass verschiedene politische Szenarien entstehen, wie z.B. im Zulauf zu den rechtsextremen Parteien in Ungarn und Frankreich sowie z.T. in Österreich und auch in dem Rückzug aus herkömmlichen konventionellen parteipolitischen Partizipationsformen zu sehen ist (vgl. Merkel/Petring 2012).

Das Ringen um die Demokratie als Form politischer Herrschaft in Zeiten, wo der ökonomische Kapitalkreislauf so unterschiedliche, jedoch voneinander abhängige Märkte geschaffen hat, führt dazu, dass das Wissen um diese Verschränkungen und das Nichtwissen um ihre gegenseitigen spezifischen Auswirkungen zudem zu einer Form von Expertentum in der Demokratie geführt hat, sodass diese ExpertInnen als legitime Entscheidungsfinder fungieren, wenn es um politisch legitimiertes, demokratisches Regieren geht. Dies lässt sich als fünfte Dimension der Krise repräsentativer Demokratie beschreiben, denn der Status des technokratischen Experten folgt nicht einem demokratischen Prinzip von Beteiligung, sondern ist an sich eine hierarchische Figur, selbst wenn sie demokratisch legitimiert eingesetzt wurde.

Die sechste Dimension von Krisenhaftigkeit liegt daher im exekutiv orientierten Regieren und dem damit verbundenen, möglichen Schwinden von parlamentarischen Öffentlichkeiten, seien sie nun nationalstaatlich oder auf supranationaler Ebene der EU angelegt. Zudem wird in der siebten Dimension von Krisenhaftigkeit durch eine auf »Sachzwänge« hin orientierte Logik, das Primat der Politik und die Möglichkeiten, öffentlich und auf längere Dauer zu deliberieren, infrage ge-

stellt. So werden in der derzeitigen Wirtschafts- und Finanzkrise die schnellen Handlungsoptionen der Finanzmärkte auf die Form der liberalen Demokratie selbst übertragen, und dabei oft nicht gefragt, ob dies normativ wünschenswert, noch politisch legitim sei.

Diese sieben Dimensionen der Krisenhaftigkeit der repräsentativen Demokratie prägen m.E. derzeit sowohl die theoretisch-wissenschaftlichen als auch öffentlichen Debatten, und es wäre nicht nur demokratietheoretisch von Bedeutung, über diese Dimensionen und Vorstellungen von Demokratie weiterhin öffentlich zu diskutieren. 

#### STEFANIE WÖHL

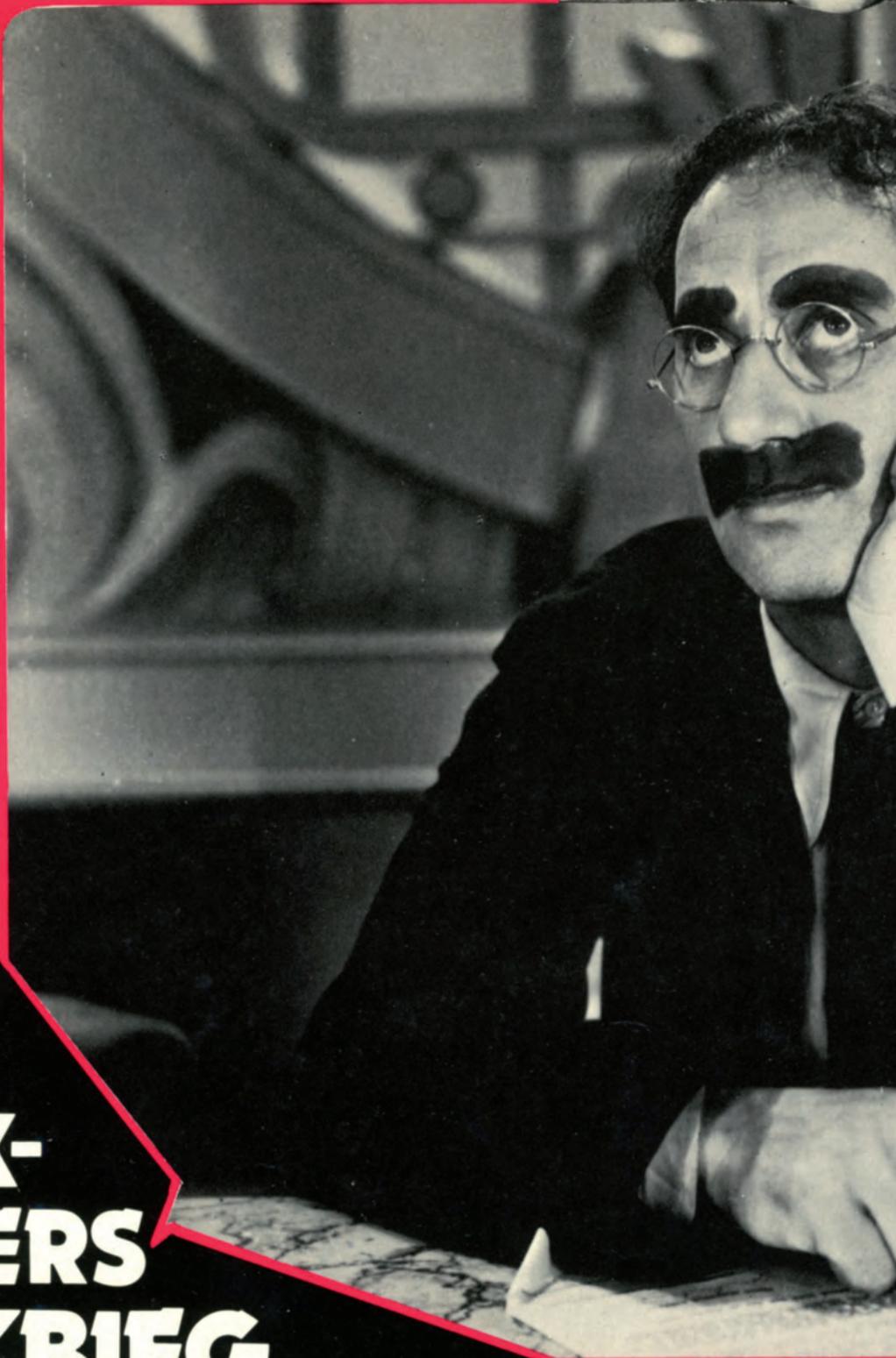
ist z.Zt. Visiting Research Fellow am John-F.-Kennedy Institut der FU Berlin in der Forschungsgruppe »Krise der amerikanischen Demokratie« von Nancy Fraser. Dieser Artikel stellt eine gekürzte Fassung eines soeben im »Forschungsjournal Soziale Bewegungen« erschienenen Beitrags dar (FJ SB 1/2013, Jg. 26, Lucius&Lucius, S. 42-50).

## Literatur

**APuZ** – Aus Politik und Zeitgeschichte 2011: Postdemokratie?, Heft 1-2, Bonn. | **Brown, Wendy** 2005: *Edgework: Critical Essays on Knowledge and Politics*. Princeton: University Press. | **Brown, Wendy** 2011: We are all democrats now. In: Agamben, Giorgio/Badiou, Alain/Bensaïd, Daniel/Brown, Wendy/Nancy, Jean-Luc/Rancière, Jacques/Ross, Kristin/Zizek, Slavoj: *Democracy – In what State?* New York: Columbia University Press, 44 – 57. | **Bourdieu, Pierre** 1997: *Das Elend der Welt. Zeugnisse und Diagnosen alltäglichen Leidens an der Gesellschaft*. Edition Discours. Klassische und zeitgenössische Texte der französischsprachigen Humanwissenschaften, Band 9. Konstanz: UVK. | **Dahrendorf, Ralf** 2002: *Die Krisen der Demokratie. Ein Gespräch mit Antonio Polito*. München: C.H. Beck. | **Buchstein, Hubertus / Nullmeier, Frank** 2006: Einleitung: Die Postdemokratie Debatte. In: *Forschungsjournal Neue Soziale Bewegungen*, Jg. 19, Heft 4, 6 – 22. | **Castellanos, Christina/Henar, Leticia/González, Elvira** 2011: Protests in Spain: A Gender Review. In: *Femina Politica* 2011, Heft 2, 109 – 112. | **Crouch, Colin** 2008: *Postdemokratie*. Frankfurt/M.: Suhrkamp. | **de Nève, Dorothee/Olteanu, Tina** (Hg.) 2012: *Politische Partizipation jenseits der Konventionen*. Opladen: Barbara Budrich. | **de Nève, Dorothee** 2009: *NichtwählerInnen. Eine Gefahr für die Demokratie?* Opladen: Barbara Budrich. | **Derrida, Jacques** 2003: *Schurken. Zwei Essays über die Vernunft*. Frankfurt/M.: Suhrkamp. | **Fischer-Lescano, Andreas/Kommer, Stefan** 2011: EU in der Finanzkrise: Zur Leistungsfähigkeit des Verfahrens der verstärkten Zusammenarbeit. In: *Kritische Justiz*, Jg. 44, Heft 4, 412 – 433. | **FJNSB** 2006: *Postdemokratie. Ein neuer Diskurs?* Jg. 19, H. 4, Baden-Baden. | **Fraser, Nancy** 1996: *Öffentlichkeit neue denken. Ein Beitrag zur Kritik real existierender Demokratie*. In: Scheich, Elvira (Hg.): *Vermittelte Weiblichkeit. Feministische Wissenschafts- und Gesellschaftskritik*. Hamburg: Hamburger Edition, 151 – 182. | **Habermas, Jürgen** 1973: *Legitimationsprobleme im Spätkapitalismus*. Frankfurt/M.: Suhrkamp. | **Habermas, Jürgen** 2011: *Zur Verfassung Europas*. Frankfurt/M.: Suhrkamp. | **Jörke, Dirk** 2011: Bürgerbeteiligung in der Postdemokratie. In: *APuZ*, 1- 2 /2011, S. 13 – 18. | **Klatzer, Elisabeth/Schlager, Christa** 2011: *Europäische Wirtschaftsregierung. Eine stille neoliberale Revolution?* In: *Kurswechsel*, H. 1/2011, 61 – 81 | **Kastner, Jens/Lorey, Isabell/Raunig, Gerald/ Waibel, Tom** 2012: *Occupy! Die aktuellen Kämpfe um die Besetzung des Politischen*. Wien:

Turia & Kant. | **Lorey, Isabell** 2011: *Non-representationist, Presentist Democracy*, unter: <http://eipcp.net/transversal/1011/lorey/en>, abgerufen am 3.10.2012. | **Macpherson, Crawford B.** 1983: *Nachruf auf die liberale Demokratie*. Frankfurt/M.: Suhrkamp. | **Merkel, Wolfgang/Petring, Alexander** 2012: *Politische Partizipation und demokratische Inklusion*. In: Mörschel, Tobias/Krell, Christian (Hg.): *Demokratie in Deutschland. Zustand – Herausforderungen – Perspektiven*. Wiesbaden: Springer, 93 – 120. | **Mörschel, Tobias/Krell, Christian** (Hg.) 2012: *Demokratie in Deutschland. Zustand – Herausforderungen – Perspektiven*. Wiesbaden: Springer. | **Oberndorfer, Lukas** 2011: *Economic Governance rechtswidrig? Eine Krisenerzählung ohne Kompetenz*. In: *AK-Infobrief eu & international*, 3/2011, 7 – 12. | **Rancière, Jacques** 1995: *La Mésentente*, Paris: Galilée. | **Richter, Emmanuel** 2006: *Das Analysemuster der »Postdemokratie«*. Konzeptionelle Probleme und strategische Funktionen. In: *Forschungsjournal Neue Soziale Bewegungen*, Jg. 19, Heft 4, 23 – 37. | **Ritzi, Claudia** 2010: *Gleich – gleicher – ungleich? Feministische Perspektiven auf die Krise der Demokratie*. In: *Vorgänge* 2/2010, 73 – 81. | **Sauer, Birgit** 2011: *»Only paradoxes to offer?«* Feministische Demokratie- und Repräsentationstheorie in der »Postdemokratie«. In: *Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft*, Jg. 40, H. 2, S. 125 – 138. | **Virilio, Paul mit Sylvère Lotringer** 1984: *Der reine Krieg*. Berlin: Merve. | **Westle, Bettina/Schoen, Harald** 2002: *Ein neues Argument in einer alten Diskussion: »Politikverdrossenheit«* als Ursache des gender gap im politischen Interesse? In: *Brettschneider, Frank/van Deth, Jan/Roller, Edeltraud* (Hg.): *Das Ende der politisierten Sozialstruktur?* Opladen: Leske & Budrich, 215 – 244. | **Wöhl, Stefanie** 2010: *Die Sozial- und Beschäftigungspolitik der Europäischen Union in der Krise*. In: *Altwater, Elmar/Bieling, Hans-Jürgen/Demirovic, Alex/Flassbeck, Heiner/Goldschmidt, Werner/Payandeh, Mehrdad/Wöhl, Stefanie*: *Die Rückkehr des Staates? Nach der Finanzkrise*. Hamburg: VSA, 61 – 80. | **Wöhl, Stefanie** 2011: *Die politische Rationalität des Neoliberalismus. Eine demokratietheoretische Betrachtung im Anschluss an Wendy Brown*. In: *Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft*, Jg. 40, Heft 1, 37 – 48. | **Wöhl, Stefanie** 2012: *»Occupy Wall Street«*. Auswirkungen der Finanz- und Wirtschaftskrise auf demokratische Repräsentation und politische Partizipation. In: *de Nève, Dorothee/Oltanu, Tina* (Hg.): *Politische Partizipation jenseits der Konventionen*. Opladen: Barbara Budrich.(i.E.) | **ZPTh** – Zeitschrift für Politische Theorie 2011: Jg. 2, Heft 1 & 2.

**GROUCHO,  
CHICO  
UND  
HARPO  
MARX**



**DIE  
MARX-  
BROTHERS  
IM KRIEG**



ALLE MESCHUGGE?



im Verleih der CIC 

MARX BROTHERS IM KRIEG.  
DIE 03 DT. FILM-AUSHANGFOTO  
© DEUTSCHES FILMINSTITUT

# Im Anfang war die Tat

**Am 23. Mai 1863** wurde mit dem Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein (ADAV) die erste Arbeiterpartei außerhalb Englands aus der Taufe gehoben. Mit diesem Datum begann der fulminante Aufstieg der sozialdemokratischen Bewegung in Deutschland. Auch heute ringen die arbeitenden Menschen um eine konsequente politische Vertretung ihrer Interessen. Für Josef Falkinger ist die Auseinandersetzung mit dem Gründungsprozesses dieses Vereines und seiner Erfolge daher auch heute hochaktuell.

**D**ie Gründung des ADAV ist aufs Engste mit dem politischen Wirken einer schillernden, aber nicht unumstrittenen Persönlichkeit verbunden: Ferdinand Lassalle (1825–1864). Von den bekannten Arbeiterführern der Revolution von 1848 war er als einziger nicht ins Exil gegangen. Als »letzter Mohikaner«, wie er sich gerne nannte, war Lassalle geradezu prädestiniert für die Rolle des Geburtshelfers der neuen Bewegung. Ein Zufall rettete ihn anno 1849 vor der allgemeinen Kommunistenverfolgung, vor Festungshaft und Exil: Eine Haftstrafe, die er gerade absaß, weil er in Düsseldorf zur allgemeinen Volksbewaffnung aufgerufen hatte.

In den Jahren nach 1848 versuchte Lassalle, der politischen Linie von Marx folgend, vor allem als Publizist innerhalb der bürgerlich-liberalen Bewegung zu wirken, um eine zweite, diesmal erfolgreiche demokratische Revolution vorbereiten zu helfen. Es kam aber zu einem Ereignis, das diese Strategie völlig zunichte machte, ein Ereignis, ohne das es niemals zur Gründung des ADAV kommen hätte können: Im entscheidenden Augenblick des preußischen Verfassungsverweiges von 1862 enttäuschte der politische Liberalismus die in ihn gelegten Erwartungen schwer.

## DER VERFASSUNGSSTREIT VON 1862

Im Jahr 1862 war Deutschland nach wie vor in 35 Fürstentümer zersplittert. Die Niederlage der Revolution von 1848 hatte Deutschland in seiner geschichtlichen und ökonomischen Entwicklung meilenweit zurückgeworfen. Der Zustand schien unhaltbar und bereits in den späten 1850er-Jahren begann ein neuerlicher politischer Gärungsprozess. 1862 verwei-

gerte der Preußische Landtag dem König die Zustimmung zu neuen Militärausgaben: Erinnerungen an 1848 und 1789 wurden wach. Die Zeit einer zweiten Revolution schien gekommen zu sein. Doch nun geschah das Unerwartete: Der neue Kanzler Bismarck begann die Steuern einfach ohne Zustimmung des Landtages einzuheben. Anders als 1848 schaute der bürgerlich-demokratische Landtag diesem Treiben fassungs- und tatenlos zu. Selbst für die radikalsten Kritiker des Bürgertums kam diese Ohnmachtdemonstration überraschend. So waren auch Marx und Engels Ende der 50er-Jahre noch davon ausgegangen, dass das liberale Bürgertum bald revolutionär auftreten würde. Sie behielten diese Perspektive sogar nach dem Verfassungsbruch noch bis 1866 aufrecht.

Anders Lassalle. »Soll Genuas großer Mann Genuas großen Fall verschlafen?« An diese Worte des Fiesco mag er sich in jenen Tagen erinnert haben. Er, der im Gegensatz zu Marx die Akteure der Fortschrittspartei aus nächster Nähe kannte, kam zu dem Schluss, dass diese Herren Bourgeois nichts mehr fürchteten, als die demokratische Revolution selbst, dass sie niemals auch nur einen Finger für die Demokratie rühren würden – auch wenn zuvor ganze »geologische Erdperioden« ins Land zögen.

Die Arbeiter mussten sich unabhängig von den Bürgerlichen an die Spitze der demokratischen Bewegung stellen, so der Schluss Lassalles. Dies wäre aber nur möglich, wenn eine deutsche Arbeiterpartei die Frage der Demokratie und die Frage der deutschen Einheit mit der eigentlichen Kernfrage des Jahrhunderts verknüpfen würde: mit der Frage der sozialen Emanzipation der Arbeiter.

## DIE DEUTSCHEN ARBEITER IM JAHR 1862

Auf eine dreiviertel Million in Betrieben beschäftigter Arbeiter kamen in Preußen im Jahr 1863 noch über eine Million Handwerker. (Mehring, 1960, S 1ff) Der politisch interessierte Arbeiter der 1850er-Jahre war oft Handwerker, nicht selten sogar ein selbständiger Meister (wie etwa der Drechsler August Bebel). Unter den politisch aktiven Manufaktur- und Industriearbeitern spielten gut ausgebildete Facharbeiter die zentrale Rolle.

Es handelte sich dabei meist um Arbeiter mit einer klassischen Handwerksausbildung, die dem Handwerkerstand noch sehr nahe standen: Gürtler, Hutmacher, Zigarrenarbeiter, Riemendreher, Mechaniker, Tischler, Schwertfeger, Böttcher, Messerschmiede, Schneider, Schuhmacher, Zimmerer, Maurer, Bootsbauer, Buchdrucker, usw. Es gab zwar auch Fabrikarbeiter wie in Manchester, die 16 Stunden täglich unter fürchterlichen Bedingungen eintönigste Tätigkeiten verrichten mussten. Diese waren jedoch meist nicht für eine politische Tätigkeit zu gewinnen – woher sollten sie auch die Zeit dafür nehmen? Viele Handwerker waren in Wirklichkeit Scheinselbständige, die in der sogenannten Hausindustrie für einen einzigen Abnehmer arbeiteten – so beispielsweise in der Weberei.

Die große Industrie, mit ihrem massenhaften Industrie-proletariat, beschränkte sich damals hauptsächlich noch auf England, machte aber bereits in ganz Europa von sich reden. Manchester lag in der Luft, für die einen als Verheißung unermesslichen Reichtums, für die anderen als Schreckgespenst der Verelendung. Die Arbeiterfrage wurde vor allem deshalb in allen politischen Lagern diskutiert, weil es sich dabei um ein neues Phänomen handelte.

Wie war es um das politische Bewusstsein dieser Arbeiter bestellt? Kurzum: miserabel. Nach der Niederlage der 1848er-Revolution setzte eine tiefgreifende Welle der Entpolitisierung ein. Sozialistische Ideen spielten im Unterschied zu

den 1840er-Jahren kaum eine Rolle mehr. Es war die Frage der deutschen Einheit, die erneut das politische Denken in Schwung brachte. Das liberale Bürgertum gab noch den Anstoß: Der 1859 entstandene Deutsche Nationalverein und die 1861 gegründete Deutsche Fortschrittspartei versuchten mit Erfolg, die Arbeiter für ihr liberales Programm zu mobilisieren. Arbeiterbildungsvereine wurden von philanthropisch gesinnten Bürgern ins Leben gerufen (so 1861 in Leipzig), um den staatsbürgerlichen, aber auch fachlichen Bildungsstand der Arbeiter zu erhöhen. Im Jahr 1862 finanzierte der Nationalverein eine Reise von Delegierten der Arbeiterbildungsvereine zur Londoner Weltausstellung. Diese Delegierten, darunter August Bebel, kehrten von dort mit einem Floh im Ohr zurück: der Idee eines gesamtdeutschen Arbeitertages, um die spezifischen Probleme der Arbeiter zu diskutieren.

## ENTZAUBERUNG

Bereits Alexis de Tocqueville wusste: Politische Umwälzungen und Neugruppierungen entstehen zuweilen, wenn die alten Eliten Erwartungen wecken, die sie nicht erfüllen können. Anfang 1862 konnte sich der liberale Vater der Genossenschaftsidee Schulze-Delitzsch noch mit einem gewissen Recht als »König im sozialen Reiche« bezeichnen. Doch der Verfassungstreit 1862 änderte alles. Die Fortschrittspartei konnte ihren plötzlichen Kniefall zwar den Industriellen vermitteln, nicht aber den zuvor mit kämpferischen Reden aufgeladenen Arbeitern.

Die Arbeiterbildungsvereine befanden sich im Schockzustand. Der Tropfen, der das Fass zum Überlaufen brachte, war eine Anfrage an den Nationalverein, ob er auch Arbeiter als vollwertige Mitglieder aufnehme. Ausgerechnet Schulze-Delitzsch verfasste das ablehnende Schreiben: Als Ehrenmitglieder dürften sie sich zukünftig fühlen – aber ohne Stimmrecht. Der völlig vor den Kopf gestoßene Ausschuss zur Vorbereitung des Arbeitertages wandte sich nunmehr am 11. Februar 1863 verzweifelt an den Publizisten Dr. Ferdinand Lassalle, um ihn in einem Brief um Rat zu fragen. Lassalle hatte 1862

durch Vorträge über Verfassungsfragen und über die Arbeiterfrage öffentliches Aufsehen erregt.<sup>1</sup> Politisch interessierte Arbeiter kannten ihn seit dem als konsequentesten Demokraten der Fortschrittspartei und Fürsprecher der Arbeiter unter den Demokraten. Genauso enttäuscht wie die Arbeiter, aber ungleich entschlossener – verfasste er jetzt als Replik sein berühmtes *Offenes Antwortschreiben*.

Seine zwei engsten Freunde versuchten ihn abzuhalten. Sein sicheres Todesurteil würde er damit unterschreiben. Lassalle antwortete »Hier steh ich nun, und kann nicht anders – und möge es dreiundsiebzig Mal den Kopf kosten.« (Lassalle, 1925, S 208)

### DAS »OFFENE ANTWORTSCHREIBEN«

Im *Offenen Antwortschreiben* erklärt Lassalle vor allem die Notwendigkeit einer politischen Organisation der Arbeiter unabhängig von den Organisationen der Liberalen. Er tut dies aber nicht auf Basis irgendwelcher abstrakter sozialistischer Prinzipien, sondern setzt beim real existierenden politischen Bewusstsein der deutschen Arbeiter an, das vor allem noch ein demokratisches Handwerkerbewusstsein war. Lassalle beweist, dass alleine der Arbeiterstand überhaupt in der Lage sei, konsequent für die Demokratie im Allgemeinen und das allgemeine Wahlrecht im Besonderen zu kämpfen. Denn das allgemeine Wahlrecht würde auf Grund der Überlegenheit der großen Zahl irgendwann den Arbeitern und nicht den Bürgerlichen die Macht in die Hände spielen. Die neue Arbeiterpartei sei notwendig, um das einzulösen, was die Fortschrittspartei ursprünglich versprochen hatte.

Dann diskutiert Lassalle die soziale Frage, die er als die entscheidende bezeichnet. Auch hier setzt er beim vorhandenen Bewusstsein an. Unter den politisch denkenden Handwerkern und Arbeitern erfreute sich damals die Haltung des liberalen Arbeiterführers Schulze-Delitzsch großer Beliebtheit: Handwerker und Arbeiter sollten sich zu allen möglichen Formen von Genossenschaften zusammenschließen, um

auf diese Weise ihren Lebensstandard zu erhöhen. Vor allen Dingen müssten sie sparen, um Genossenschaftsfonds zu akkumulieren. Lassalle legt dar, dass aufgrund der niedrigen Ersparnisse der Arbeiter diese Perspektive nicht aufgehen würde. Die Arbeiter könnten nur ihren Lebensstandard verbessern, wenn sie die Kontrolle über ihre Produktionsmittel erlangen würden. Produktionsgenossenschaften müssten jedoch im Konkurrenzkampf gegen die großen Betriebe der Kapitalisten zwangsläufig unterliegen. Sie hätten nur als Großbetriebe in nationalem Maßstab eine Chance und bräuchten zu diesem Zweck die Unterstützung eines öffentlichen Kreditwesens. Der Staat würde so eine Unterstützung wiederum aber nur dann garantieren, wenn er von der politischen Partei der Arbeiter mit Hilfe des allgemeinen Wahlrechtes erobert werde. Wiederum setzt Lassalle bei dem vorherrschenden, vom Liberalismus beeinflussten Wunsch der Arbeiter an, Genossenschaften zu gründen, legt aber dar, dass dieses hehre Ziel nur mit dem sozialistischen Konzept des verstaatlichten Kreditystems erfüllbar sei. In seinem später erschienen ökonomischen Hauptwerk, dem Bastiat-Schultze argumentiert er, dass die Emanzipation des Arbeiterstandes schlussendlich den Ersatz der kapitalistischen durch die sozialistische Produktionsweise zur Voraussetzung habe.

Die Leipziger Führer des Arbeiterbildungsvereins nahmen diese Empfehlungen begeistert auf. Eine Versammlung von 1300 Arbeitern erklärte sich in Leipzig mit zwei Gegenstimmen für das Offene Antwortschreiben. Es folgten Massenversammlungen in Hamburg, Düsseldorf, Solingen, Köln und Wuppertal. Der Arbeitertag sollte in einen Gründungsparteitag eines allgemeinen deutschen Arbeitervereins auf der Grundlage der Programmatik Lassalles umfunktioniert werden. Am 23. Mai 1863 wurde der ADAV, die erste Arbeiterpartei am europäischen Festland<sup>2</sup>, im Leipziger Pantheon aus der Taufe gehoben.

### DIE TAKTIK LASSALLES

Interessant für den heutigen Leser ist die taktische Herange-

1. Die Vorträge wurden später unter dem Titel »Über Verfassungswesen«, »Was Nun?« und »Arbeiterprogramm« als Broschüren veröffentlicht. Lassalle wurde 1862 vor allem mit seinem Appell an die Fortschrittspartei bekannt, solange dem Parlament fernzubleiben, als Bismarck den Verfassungsbruch bestehen ließe.
2. Der Bund der deutschen Kommunisten, der 1848 eine nicht unbedeutende Rolle in der deutschen Revolution spielte, kann diesen Titel nicht für sich beanspruchen, weil er nicht offen auftrat, sondern vielmehr als radikale Strömung innerhalb der demokratischen Bewegung auftrat.
3. Interessanterweise waren es mit Franz Mehring, Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht gerade die Vertreter der Linken, die in der späteren Sozialdemokratie die politische Herangehensweise Lassalles gegen das orthodox-marxistische Zentrums um Kautsky und Bebel, aber auch gegen den Revisionisten Eduard Bernstein verteidigten.

hensweise Lassalles, die in Anlehnung an Rosa Luxemburg als »revolutionäre Realpolitik«<sup>3</sup> bezeichnet werden kann. (Laschitzka, S 76). Karl Liebknecht skizzierte diese Taktik 1913 folgendermaßen:

»Nichts ist geeigneter Massenbewegungen zu entfalten, als die Inangriffnahme eines einzelnen besonders aktuellen Punktes. Den Angriff jeweils mit voller Wucht auf einen solchen Punkt zu konzentrieren – Das war das taktische Prinzip Lassalles.« (Laschitzka, S 196)

Lassalle ging davon aus, dass Massen nur durch sachliche Ziele mobilisierbar seien. Ziele, die sie – wohlgermerkt nicht unbedingt die Regierung – für durchführbar hielten.

Lassalle vertrat – obwohl er für eine friedliche und gesetzliche Agitation eintrat – die Meinung, dass ein Ausbleiben historisch notwendiger Reformen auf Dauer zu einer spontanen Revolution von unten führen müsse. An der Arbeiterpartei läge es, den Prozess voranzutreiben und ihm politische Klarheit zu geben. So sprach er in seiner Berliner Rede (1863):

»Wir stehen, dank der Torheit unsrer Regierung und der beschränkten Schwäche, welche sich vielfach in der Leitung der liberalen Sache kundgibt, am Vorabend einer großen sozialen Umwälzung.«

Und in einem Brief an Gustav Levy schrieb er: »Aber freilich kann das Manifest (das Offene Antwortschreiben, Anm. Jf) nur im entschieden revolutionären Sinne wirken. Denn die herrschenden Klassen wollen eben die Erlösung der Arbeit nicht.« (LASSALLE, 1925, S 209)

Gleichzeitig erachtete Lassalle die Einführung des allgemeinen Wahlrechtes vor Eintritt einer Revolution durch Bismarck für möglich und sogar wünschenswert. Das allgemeine Wahlrecht würde es der Arbeiterpartei erlauben, ihre Ziele offen vor dem ganzen Volk darzulegen. Trotz einer grundsätzlichen Orientierung auf eine Revolution von unten hatte

Lassalle auch ein Aktionsprogramm im Falle des Ausbleibens oder der Verzögerung einer solchen parat. Trotz seines Einsatzes für das allgemeine Wahlrecht hatte Lassalle grundsätzlich mehr Vertrauen in derlei außerparlamentarischen politischen Druck als in die den reinen Parlamentarismus. So schrieb er bereits 1851:

»Nie hat, nie wird eine (gesetzgebende) Versammlung den bestehenden Zustand umstürzen. Alles, was eine solche Versammlung je getan und gekonnt hat, ist, den draußen bestehenden Zustand proklamieren, den draußen schon vollzogenen Umsturz der Gesellschaft sanktionieren und ihn in seine einzelnen Konsequenzen, Gesetze usw. auszuarbeiten. Aber ewig wird eine solche Versammlung impotent sein, die Gesellschaft selber umzustürzen, die sie vertritt.« (Lassalle, 1902, S 38)

Lassalle versuchte seine Argumentation immer auf allgemein anerkannte Fakten oder auf Thesen bekannter Wissenschaftler zu stützen. Seine Position stellte er so dar, als würde er nur die logischen Schlüsse daraus ziehen. Ganz Tatmensch, beschränkte sich Lassalle in seinem politischen Wirken immer nur auf die Verbreitung einer oder zweier Forderungen. Hinzu kam eine gehörige Portion Humor. Am Frankfurter Arbeitertag warf er beispielsweise einer Massenversammlung von Arbeitern entgegen:

»Ihr deutschen Arbeiter seid merkwürdige Leute! Vor französischen und englischen Arbeitern müsste man plädieren wie man ihrer traurigen Lage abhelfen könne, euch aber muss man vorher noch beweisen, dass ihr in einer traurigen Lage seid... Dass kommt aber von eurer verdammten Bedürfnislosigkeit!« (zitiert bei Mehring, 1960, S 73f)

Die Bedürfnislosigkeit sei eine Tugend für den indischen Säulenheiligen oder den christlichen Mönch, nicht aber für den Nationalökonom, der in der Ausweitung der Bedürfnisse den wichtigsten Stachel der wirtschaftlichen Entwick-

lung erblicke. Das Protokoll vermerkt tosenden Applaus. Auf diese Weise wurde Lassalle in den folgenden Monaten zum gefürchteten Debattenredner, ja zum Prototypen des sozialistischen Agitators schlechthin.

Bemerkenswert ist angesichts der Tatsache, dass es damals kaum Industriearbeiter gab, schlussendlich der Erfolg den Lassalle mit dem Kampfbegriff des Arbeiters hatte. Der Anteil der Industriearbeiterschaft an den Erwerbstätigen ist heute viel zahlreicher als zur Zeit des Aufstiegs der Sozialdemokratie, gar nicht zu sprechen vom Anteil der lohnabhängig Beschäftigten. Noch um 1900 hatte kaum jemand in Deutschland ein Regelarbeitsverhältnis – Prekariat, Scheinselbständigkeit, Kleingewerbe waren omnipräsent. Lassalle scherte sich wenig darum. Er sah seine Bewegung als reine Klassenbewegung und die sozialdemokratische Erfolgsgeschichte der folgenden 50 Jahre scheint ihm Recht zu geben. Der Kampfbegriff der Arbeiterklasse war gerade deshalb erfolgreich, weil er an ein gemeinsames Interesse der Verschiedenen gegenüber einem realen gemeinsamen Gegenüber, dem Kapital, anknüpfte, weil er dadurch Millionen Wähler, die sich ansonsten in zahlreiche soziologische Schichten, Arbeitsverhältnisse, Meinungs- und Interessensgruppen spalteten, zu einer gemeinsam ansprechbaren Masse homogenisierte.

## GEGENWIND

Es ist nicht schwer, sich auszumalen, wie die Fortschrittspartei und der Nationalverein auf Lassalles Agitation reagierten. Landauf, landab wurde verbreitet, Lassalle sei ein Werkzeug der Reaktion, ein Handlanger Bismarcks. Die Liberalen befürchteten, Bismarck könnte mit Hilfe des allgemeinen Wahlrechtes die bisherige auf einem Zensuswahlrecht fußende Verfassung endgültig außer Kraft setzen und gestützt auf die konservative Landbevölkerung die feudalen Reaktion zementieren. Es ist wahr, dass Lassalle das bestehende Drei-Klassenwahlrecht ablehnte. Es ist auch wahr, dass Lassalle Bismarck in Gesprächen und Briefen davon zu überzeugen versuchte, das allgemeine Wahlrecht einzuführen und als Einiger Deutsch-

lands aufzutreten. Es ist aber nicht zutreffend, dass diese Taktik, einer Stärkung der Reaktion gleichkam. Lassalle erkannte früher als andere, dass Bismarck die bürgerliche Entwicklung Deutschlands eher vorantreiben würde als die ohnmächtige Fortschrittspartei. Gerade die Einigung Deutschlands und das allgemeine Wahlrecht brachten schlussendlich die Sozialdemokratie in die Lage, ihren großen Aufstieg anzutreten, einen Aufstieg, dem schlussendlich auch das Ministerium Bismarck zum Opfer fiel.

Auch der späte Friedrich Engels musste zugeben, dass Bismarcks Auftreten bis zur Annexion von Elsass-Lothringen 1870 im Kern revolutionär war, wenn auch seine Mittel dynastischer Natur waren<sup>4</sup>, dass Bismarck durchsetzte, was in ihrer historischen Mission eigentlich die liberale Bourgeoisie hätte durchsetzen sollen. Das bedeutet nicht, dass es korrekt gewesen wäre, ein politisches Bündnis mit Bismarck zu schließen. Es war aber durchaus vernünftig, einzelne Aktionen Bismarcks punktuell zu unterstützen, die einer bürgerlichen Entwicklung zuträglich waren.<sup>5</sup>

Die Thesen, dass Lassalle eine Art soziales Königtum errichten wollte oder jemals ein politisches Bündnis mit Bismarck schloss, müssen ins Reich der politischen Märchenerzählung verwiesen werden (Vgl. Mehring 1960, S. 108 ff). Später sollte Lassalle über seine Treffen mit Bismarck sagen: »Ein Bündnis hätte bedeutet, dass einer den anderen übers Ohr gehauen hätte, und dazu waren wir beide zu schlau.« In seiner Berliner Rede (1863) brachte er seine sowohl antibürgerliche und antimonarchistische Haltung treffend auf dem Punkt:

»Wir wissen nicht, ob wir jemals ein Heer von Turnern und Schützen werden für die Verfassung ins Feld rücken sehen; aber das wissen wir, dass ein Lassallsches Arbeiterheer, wenn man die Dinge soweit kommen lässt, von der gegenwärtigen Verfassung Deutschlands kein Stück beim alten lassen würde, am wenigsten Zepter, Krone, Stern und andere

4. Engels schrieb 1895, über 30 Jahre später, in seinem Vorwort zu dem Buch *Klassenkämpfe in Frankreich*: »Die Totengräber der Revolution von 1848 waren ihre Testamentsvollstrecker geworden ... Der Ausdruck beweist bloß, dass Bismarck den deutschen Bürgerkrieg 1866 für das erkannte, was er war, nämlich eine Revolution, und dass er bereit war, diese Revolution durchzusetzen mit revolutionären Mitteln. Und das tat er. Sein Verfahren gegenüber dem Bundestag war revolutionär.«
5. Eben dieser Taktik folgten nach 1866 auch Marx und Engels. So riefen sie 1870 die sozialdemokratischen Abgeordneten im deutschen Reichstag auf, Bismarcks Antrag zur Gewährung von Kriegskrediten zu unterstützen.

Spielsachen...Die Fortschrittspartei hasst mich nicht, weil sie Reaktion von mir erwartet. Sie hasst mich, weil sie von mir die Revolution erwartet.« (Lassalle, 1868)

## DER KONFLIKT ZWISCHEN MARX UND LASSALLE

Lassalle bewunderte Marx, seit er 1848 mit ihm bekannt wurde. Der Historiker Franz Mehring bezeichnete das Arbeiterprogramm von Lassalle als »das Kommunistische Manifest im Spiegel der deutschen Zustände.« (Mehring 1921, S 349) So entstammen die Forderungen des allgemeinen Wahlrechts, des staatlichen Kreditwesens und der Errichtung von genossenschaftlichen Nationalwerkstätten allesamt dem Manifest. Mehrmals versuchte Lassalle, Marx dazu zu bewegen, mit ihm gemeinsam die Führung der deutschen Arbeiter zu übernehmen.

Im Frühjahr 1861 besuchte Marx Lassalle in Berlin, um mehrere Wochen lang die Gründung einer gemeinsamen Zeitung zu besprechen. Lassalle erwiderte den Besuch im Juli 1862 in London und blieb ebenfalls einige Wochen. Lassalle gelang es jedoch nicht, Marx von seiner Taktik zu überzeugen.<sup>6</sup> Marx setzte im Gegensatz zu Lassalle seine Hoffnungen auch nach 1862 vor allem auf die revolutionär-demokratische Initiative des liberalen Bürgertums. Im Allgemeinen Wahlrecht sah er ebenso wie die Anhänger der Fortschrittspartei zuerst ein Trojanisches Pferd der Reaktion. Ein kolossaler Irrtum, wie es Engels später eingestehen sollte. Marx täuschte sich auch, wenn er die Forderung Lassalles nach Genossenschaften mit Staatshilfe als eine dem Bewusstsein der deutschen Arbeiter fremde Idee charakterisierte.

Marx bezog gleichzeitig zu Lebzeiten Lassalles nie öffentlich Stellung gegen Lassalle. Dies deutet darauf hin, dass er sich in seiner Einschätzung nicht ganz sicher war. In der von ihm 1864 verfassten Inauguraladresse der Internationalen Arbeiterassoziation schrieb er sogar ganz auf einer Linie mit Lassalle: »Um die arbeitenden Massen zu befreien, bedarf das Kooperationsystem der Entwicklung auf nationaler Stufenleiter und der

- Diese Taktik änderten sie erst nach der Gefangennahme des französischen Kaisers, als aus dem Verteidigungskrieg ein Annexionskrieg wurde.
6. Zudem hielt Marx Lassalle nicht für teamfähig und auf Grund seines Hanges zum Größenwahn für unberechenbar.
  7. Vergleiche dazu das von Marx verfasste Programm der Arbeiterpartei Frankreichs von 1881 und die Briefe von Friedrich Engels an August Bebel vom 30.12.1884 und vom 20.1.1886.

Förderung durch nationale Mittel.« (Marx, 1962, S 5ff) Und: »Lord Palmerston sprach aus ihrer Seele, als er in der letzten Parlamentssitzung den Verteidigern der Rechte der irischen Pächter höhrend zuschrie: »Das Haus der Gemeinen ist ein Haus von Grundeigentümern!« Politische Macht zu erobern, ist daher jetzt die große Pflicht der Arbeiterklassen. Sie scheinen dies begriffen zu haben, denn in England, Frankreich, Deutschland und Italien zeigt sich ein gleichzeitiges Wiederaufleben und finden gleichzeitige Versuche zur Reorganisation der Arbeiterpartei statt.« (Ebenda)

In anderen Punkten behielt Marx gegen Lassalle Recht. Von der späteren Entwicklung bestätigt, bekämpfte Marx die ablehnende Haltung Lassalles in Bezug auf die Gewerkschaften. Zudem sah Marx die Chancen der Produktionsgenossenschaften realistischer. Er hielt es für eher utopisch zu glauben, dass sich kleine Handwerksbetriebe mit oder ohne Staatshilfe zu konkurrenzfähigen großen Einheiten zusammenschließen könnten. Die realistischere Möglichkeit erblickte er in der Überführung bereits zentralisierter, großer Produktionseinheiten, wie Erzgruben, Banken oder Eisenbahnen in genossenschaftliches Eigentum, in Produktionsgenossenschaften.<sup>7</sup> In diesen drei Punkten sollte sich in der Sozialdemokratie später Marx gegen Lassalle durchsetzen.

Als Lassalle 1864 starb, bot der ADAV Marx die alleinige Leitung seiner Geschäfte an. Trotz der Meinungsverschiedenheiten genoss Marx als Theoretiker und wichtigster deutscher Publizist der Linken von 1848 im ADAV großes Ansehen. Er lehnte aber wiederum ab. Marx wollte sein Prestige nicht einer Organisation zur Verfügung stellen, deren unmittelbaren Forderungen er ablehnend gegenüberstand. Mehr noch als zu Lebzeiten Lassalles befürchtete er, dass der Verein unter den Einfluss von Bismarck kommen könnte. Marx, Engels und Wilhelm Liebknecht beteiligten sich anfangs noch an der Redaktion des *Social-Demokrat*, dem Zentralorgan des ADAV, bis sie auch dort ihre Funktion niederlegten. Nach dem Tode Lassalles geriet der Verein in eine Phase innerer Wirren.

Gräfin Hatzfeldt, Lassalles langjährige Freundin, begann nach dessen Tod eigene Pläne zu verfolgen. Pläne, die auf ein regelrechtes Bündnis mit Bismarck hinausliefen. Dass sich diese Tendenz im Verein nicht durchsetzen sollte, war zu dieser Zeit vor allem von London aus nicht absehbar. Ein anderer Grund für die zögerliche Haltung von Marx war, dass die deutsche Arbeiterbewegung außerhalb Preußens einen völlig anderen Verlauf nahm.

## ZWEIFELSIGKEIT

Einen Monat nach der Gründung des ADAV gründeten die außerhalb des ADAV verbliebenen Arbeiterbildungsvereine den VDAV, den Vereinstag der Deutschen Arbeitervereine. Der VDAV war mitgliederstärker als der ADAV, hatte aber seine Hochburgen fast ausschließlich außerhalb Preußens. Im Gegensatz zum ADAV hielt er an einem Bündnis mit dem bürgerlichen Nationalverein fest und zählte sogar bis 1867 liberale Fabrikanten zu seinen Führern. Die Sächsische Volkspartei, die August Bebel und Wilhelm Liebknecht 1866 gründeten, definierte sich als Zweigverein der bürgerlichen Deutschen Volkspartei. Doch die Dinge änderten sich: Der Drechsler August Bebel – damals Vorstandsmitglied des VDAV – entwickelte sich mehr und mehr zum Sozialisten. 1867 zog Bebel für die Sächsische Volkspartei in den Norddeutschen Reichstag ein, im gleichen Jahre setzte er sich gegen einen Liberalen als Vorsitzender des VDAV durch. Im Jahre 1868 nahm der VDAV die Statuten der von Marx gegründeten Internationalen Arbeiterassoziation als Programm an. 1869 schlussendlich wurde das Bündnis mit der Deutschen Volkspartei aufgebrochen und die Sozialdemokratische Arbeiterpartei (SDAP) ins Leben gerufen. Die von Bebel geforderte Sozialisierung des Großgrundbesitzes war für die Liberalen nicht mehr tragbar. Die Gründung der SDAP brachte aber nicht die erhoffte Einigung der Bewegung. Die Spaltung der Arbeiterbewegung in Lassalleaner (ADAV) und Marxisten (SDAP) sollte noch 6 Jahre fort dauern.

## DER ADAV UNTER J.B. SCHWEITZER

Währenddessen entwickelte sich nach dem Tode Lassalles 1864

Jean Baptiste Schweitzer zur zentralen Figur des ADAV – zuerst als Herausgeber des Social-Demokrat, ab 1867 als Vorsitzender. Schweitzer war sehr darauf bedacht, den Konflikt des Vereines mit Marx und der 1864 gegründeten Internationalen Arbeiterassoziation beizulegen. Zuerst versuchte Schweitzer, die missverständlichen Wendungen Lassalles eindeutig zu machen: Der zukünftige Arbeiterstaat werde weder ein soziales Königtum, noch eine bürgerliche Republik sein.

Die zukünftige soziale Republik könne nur die »unmittelbare Herrschaft des Volkes über alle Organe der Staatsgewalt«, die Vergesellschaftung des Staates, bedeuten (Mehring 1960, S 210). Die Produktivgenossenschaften seien nur als Übergang zu einer allgemeinen sozialistischen Wirtschaftsordnung sinnvoll, als »Keil, die kapitalistische Gesellschaft zu sprengen und der sozialistischen Gesellschaft den Weg zu bereiten.« (Ebenda, S 209)

Darüber hinaus übernahm Schweitzer zwei zentrale Programmpunkte der Internationalen Arbeiterassoziation, die im klaren Widerspruch zu Lassalles politischem Erbe standen: Die Propagierung der Gewerkschaftsidee und das Konzept einer Arbeiterschutzgesetzgebung. Laut Lassalle wäre beides sinnlos, oder sogar schädlich. Besagte doch das »eherne Lohngesetz« von Lassalle, dass jede verbesserte materielle Lage der Arbeiter zu Bevölkerungswachstum führen müsse. Die damit verbundene steigende Konkurrenz der Arbeiter untereinander müsse in der Folge jeden Lohnzuwachs wieder zunichte machen.

Als Schweitzer auf der 5. Generalversammlung des ADAV am 1867 zum Vorsitzenden gewählt wurde und damit auch seine Programmatik weitgehend durchsetzen konnte, verließ Gräfin Hatzfeldt mit einigen hundert Anhängern entrüstet den Verein<sup>8</sup>. Im gleichen Jahr gelang dem ADAV das erste erfolgreiche Experiment mit dem allgemeinen Wahlrecht<sup>9</sup>. Schweitzer und Fritzsche zogen für den ADAV in den Norddeutschen Reichstag ein. Für die Sächsische Volkspartei gelangten Bebel und Liebknecht in den Reichstag.

8. Sie gründete den Lassalleschen Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein, eine relativ bedeutungslose Sekte, die auch laut Schweitzer Geld von Bismarck empfing und 1875 soweit ging, das Verbot der Sozialdemokratischen Partei enthusiastisch zu unterstützen.
9. Das allgemeine Wahlrecht wurde im Gefolge des Krieges von 1866 von Bismarck eingeführt.

Die politische Neuorientierung des ADAV unter Schweitzer zeigte jetzt auch nach außen Wirkung. Schweitzer brachte als erster Abgeordneter einen Gesetzesentwurf für eine Arbeiterschutzgesetzgebung in ein deutsches Parlament ein. Am 26. September 1868 folgten 206 Delegierte, die 142.008 zahlende Mitglieder in 110 Orten vertraten, seinem Aufruf zur Gründung des sogenannten Arbeiterschaftsverbands als Kampfgenossenschaft für die siegreiche Durchführung von Arbeitsniederlegungen. (Siehe Mehring, 1960, S 317).

Schweitzer wurde damit zum Begründer der deutschen Gewerkschaften. Der ADAV beschloss nunmehr auch die politische Einheit mit der Internationalen Arbeiterassoziation und die engstmögliche organisatorische Anlehnung, soweit es die preußischen Vereinsgesetze gestatteten. 1868 wurde Marx als Ehrengast zur sechsten Generalversammlung des ADAV nach Hamburg eingeladen. Er schrieb daraufhin gut gelaunt an Engels, dass der ADAV das »Programm Lassalle« durch das »Programm Marx« ersetzt habe, konnte sich aber dennoch nicht zu einem Erscheinen durchringen.

Liebknecht und Bebel sahen zur gleichen Zeit in Schweitzer noch immer ein bezahltes Werkzeug der Reaktion. Sie unterstützten nicht einmal den Antrag Schweitzers für die Arbeiterschutzgesetzgebung, weil sie den Norddeutschen Reichstag nicht als gesetzgebende Versammlung anerkennen wollten. Schweitzer hingegen erblickte in Bebel und Liebknecht lediglich Handlanger der Deutschen Volkspartei. Angesichts der Tatsache, dass im gleichen Jahr 1868 sowohl der VDAV als auch der ADAV die programmatische Einheit mit der Internationalen Arbeiterassoziation erklärt hatten, erschien dieser Streit immer absurder.

## ENDE UND NEUBEGINN

Gerade als sich eine Vereinigung der beiden Vereine immer mehr aufdrängte, begann Schweitzer, eine negative Rolle zu spielen. Es ist zu vermuten, dass er sich seine Macht mit niemandem teilen mochte. Um die Einigungsbestrebungen eini-

ger führender Funktionäre des ADAV zu hintertreiben, gründete er 1869 den Verein neu und söhnte sich zu diesem Zweck mit Gräfin Hatzfeldt aus. Eine ganze Schicht von Kadern, interpretierte dieses Gebaren als Putsch und wechselte zur SDAP. Als Schweitzer 1870 bei der Wahl zum deutschen Reichstag sein Mandat verlor, legte er seine politischen Funktionen zurück. Gleichzeitig löste sich Bebel mehr und mehr von dem Streithahn Liebknecht und begann den direkten Briefwechsel mit Friedrich Engels und Karl Marx.

Im Gegensatz zu Liebknecht, der noch immer in der Zerschlagung des kleindeutschen Reiches die einzig vertretbare politische Position sah und dem Norddeutschen Reichstag die Existenzberechtigung absprach, brachte jetzt auch Bebel Gesetzesvorschläge in den Reichstag ein. 1870/1871 war es schon zu einer bedeutenden Annäherung der beiden Strömungen gekommen, als sie beide gegen die Annexion von Elsass-Lothringen auftraten und sich mit der Pariser Kommune solidarisch erklärten. Diese mutige Initiative brachte sowohl den Eisenachern als auch den Lassalleanern Haftstrafen ein.

Zwei weitere Ereignisse begünstigten die Einigung der Vereine. Zum einen erreichten SDAP und ADAV im Jahr 1874 gemeinsam 6% der Stimmen im Deutschen Reich. Die Eisenacher stimmten jetzt im Reichstag auch für die Arbeiterschutzgesetzgebung, die Lassalleaner für das Liebknecht'sche Steckenpferd der allgemeinen Volksbewaffnung. Gleichzeitig löste die Preußische Regierung den ADAV auf und begann schwere Verfolgungen seiner Mitglieder. Im Herbst 1874 wandte sich der Präsident des ADAV, Tölcke, an Liebknecht, um die Bedingungen der Vereinigung zu verhandeln. Am 27. Mai 1875 wurde die Sozialistische Arbeiterpartei (SAP) gegründet, der Allgemeine Deutsche Arbeiterverein (ADAV) und die Sozialdemokratische Arbeiterpartei Deutschlands (SDAP) aufgelöst. Mit diesem Tag endete die Ära Liebknecht – Schweitzer in der deutschen Arbeiterbewegung. Die Ära des marxistischen Dreigestirnes Bebel-Kautsky-Engels begann.

## LASSALLES ERBE(N)

Vor 100 Jahren schrieb Rosa Luxemburg zum 50. Geburtstag des ADAV: »Lassalles großes schöpferisches Werk bestand darin, dass er zur rechten geschichtlichen Stunde die richtige Aufgabe des Proletariats erkannte und sie mit kühner Tat zu erfüllen gewagt hat. (Luxemburg, 1913)

Auch wir können uns diese Frage stellen: Was sind die großen Aufgaben der heutigen Situation? Neben der Verteilungsgerechtigkeit drängen sich heute meiner Meinung nach vor allem zwei Fragen auf, die einer verstärkten Diskussion bedürfen: Zum einen – ganz in der Tradition von Lassalle – die Sozialisierung der Banken, die Schaffung eines öffentlichen Kreditsystems. Zum anderen die Demokratisierung ökonomischer Entscheidungsprozesse. Produktivgenossenschaften innerhalb eines kapitalistischen Umfelds sind heute keine Option mehr. Zu hart ist die Konkurrenz am Weltmarkt.

Das allgemeine Wahlrecht ist für sich alleine zu wenig, um ein Korrektiv zur immer größeren Dominanz des Finanzkapitals zu bilden. Es gilt auf Ebene der Industriezweige, aber auch der Gesamtwirtschaft, Beiräte für wirtschaftliche Entwicklung einzurichten, die Einsicht in die Geschäftsbücher bekommen, Marktversagen aufdecken und bei Marktversagen eine staatliche Intervention einfordern, Beiräte, die in einer noch zu diskutierenden Form von den arbeitenden Menschen gewählt werden müssen. In einem wesentlichen Punkt bleibt Lassalle aktuell.

Die Sozialdemokratie muss sich nach den ideologischen Verwirrungen der 1990er-Jahre wieder ganz klar als Partei der lohnabhängig Beschäftigten definieren und aufhören, um die Stimmen einer soziologisch schwer definierbaren und fragmentierten gesellschaftliche Mitte zu buhlen. Wir sind 3 Millionen Stimmen für mehr Verteilungsgerechtigkeit! plakatiert die Arbeiterkammer und meint mit »wir«, die lohnabhängig Beschäftigten. Mit den ehemaligen Lohnabhängigen (den Pensionisten) und den zukünftigen Lohnabhängigen (den Schü-

lern und Studierenden) sind wir noch weit mehr. Dieses Selbstbewusstsein gilt es in den Wahlkampf und die darauf folgende Diskussion des neuen Parteiprogramms mitzunehmen. 

JOSEF FALKINGER

ist Ökonom in Wien.

### Quellenangabe:

**Engels, Friedrich**, Brief an August Bebel vom 30. 12. 1884, MEW, Bd. 36, Berlin 1967 | **Engels Friedrich**, Brief an August Bebel vom 20.1. 1886, MEW, Bd. 36, Berlin 1967 | **Engels, Friedrich**: Die Preußische Militärfrage und die deutsche Arbeiterpartei in Karl Marx/Friedrich Engels – Werke, Bd. 16, Berlin, 1962, S. 37-78 | **Engels, Friedrich**: Die Rolle der Gewalt in der Geschichte in Karl Marx/Friedrich Engels – Werke. Bd. 21, Berlin, 1962, S. 405-461 | **Engels, Friedrich**: Einleitung zu Karl Marx' Klassenkämpfe in Frankreich 1848 -1850 in Karl Marx/Friedrich Engels – Werke. Bd. 22, Berlin, 1963, S. 509-527 | **Marx, Karl**: Inauguraladresse der Interantionalen Arbeiter-Association in: Karl Marx u. Friedrich Engels: Werke, Bd.16, Berlin, 1962, S.5-13. | **MEHRING, Franz**: Geschichte der deutschen Sozialdemokratie, Bd. 2, Berlin, 1960 | **Mehring, Franz**: Geschichte der deutschen Sozialdemokratie, Bd 1, Stuttgart, 1921 | **Laschitzka, Annelies**: Die Liebknechts- Karl und Sophie, Berlin, 2007 | **LASSALLE, Ferdinand**: Arbeiterprogramm, in: Gesammelte Reden und Schriften Bd. 2, Berlin, 1919, S. 147-202. | **Lassalle, Ferdinand**: Über Verfassungswesen, 1862 zitiert nach: <http://www.gewaltenteilung.de/lassalle.htm> | **Lassalle, Ferdinand**: Was Nun? Zweiter Vortrag über Verfassungswesen, Zürich, 1863 | **Lassalle, Ferdinand**: Offenes Antwortschreiben in: Gesammelte Reden und Schriften Bd. 3, Berlin, 1919, S. 41-107. | **Lassalle, Ferdinand**: An die Arbeiter Berlins, Leipzig, 1868 | **Lassalle, Ferdinand**: Herr Bastiat-Schulze-Delitzsch, der ökonomische Julian oder Arbeit und Kapital, Berlin, 1864 | **Lassalle, Ferdinand**: Brief vom 9 März 1863 an Gustav Levy in Düsseldorf in Ferdinand Lassalle der Mensch und Politiker in Selbstzeugnissen, Leipzig, 1925 | **Lassalle, Ferdinand**: Briefe an Karl Marx und Friedrich Engels, in: Aus dem literarischen Nachlass von Karl Marx, Friedrich Engels und Ferdinand Lassalle, Stuttgart, 1902 | **Luxemburg, Rosa**: Lassalles Erbschaft in: Die Gleichheit, Stuttgart, Jg. 1913, Nr.18



**ALLE MESCHUGGE?**

SZENENFOTO AUS DER EPHRAIM KISHON-VERFILMUNG  
»SHALLA-SHABATI« © ÖSTERREICHISCHES FILLMUSEUM

# Wir haben nichts zu fürchten als die Furcht selbst

Ist die europäische Sozialdemokratie von Angst und Kleinmut zerfressen? Eine beunruhigende Frage von Robert Misik.

**Z**eit für eine neue Sozialdemokratie«, so hat Wolfgang Münchau, der prominenteste und beste Wirtschaftsjournalist Deutschlands, unlängst seine Kolumne in Spiegel-Online überschrieben. Es ist beinahe so etwas wie ein verzweifelter Text.

In Europa wird unter konservativer Federführung seit mehr als vier Jahren eine Politik gemacht, die mit rigidem Sparen versucht, Staatshaushalte zu konsolidieren. Das Ergebnis ist eine schwere Depression in den Krisenstaaten, eine Rezession in den reicheren Staaten. Die Arbeitslosenzahlen schießen durch die Decke – selbst hierzulande, was aber mit einem Achselzucken abgetan wird. Nach österreichischer Berechnungsmethode liegt unsere heimische Quote bereits bei 7,7 Prozent, aber da wir damit im europäischen Durchschnitt sehr gut liegen, sieht man eine solche Ziffer nicht mehr als Drama, sondern sogar schon als Erfolg an.

Und das Ergebnis dieser rigiden Sparpolitik, die die Südstaaten in eine Katastrophe und den Norden in eine Rezession stürzt, ist, dass die Staatsschulden auch nicht sinken. Weil es einfach ein Ding der Unmöglichkeit ist, Staatsschulden abzubauen, wenn man die wirtschaftliche Aktivität als ganzes abwürgt.

All das, sagt Münchau, ist zu erwarten gewesen. Europa macht die Fehler der 30er-Jahre noch einmal, als hätte man nichts gelernt; als hätte man alles, was man an Erfahrung gemacht hat, vergessen.

Das vielleicht Bizarrste an all dem ist, dass man es mit dem schönen Argument aufhübscht, man würde es für die Enkel tun, weil man den Enkeln doch keine Schulden hinterlassen darf, weil es doch egozentrisch wäre, Budgetdefizite auflaufen zu lassen, die dann die Enkel bezahlen müssen.

Dabei hat noch niemand und nichts so großen Schaden für künftige Generationen angerichtet wie diese falsche Politik. Denn die jungen Leute, die heute keine Jobs finden – man denke nur an die 50 Prozent Jugendarbeitslosigkeit in Spanien und Griechenland –, holen das nie wieder auf. Was jetzt an Reichtum vernichtet und an Wohlstandspotential vernichtet wird, kann nie wieder aufgeholt werden, und die verdüsterten ökonomischen Aussichten, die diese Politik produziert, hinterlassen wir auch noch unseren Enkeln. Kurzum, eine Politik, die dauernd moralinsauer daherschwadroniert, man müsse heute ökonomische Härten in Kauf nehmen, der Enkel wegen, vererbt künftigen Generationen rauchende Ruinen.

Er sei keineswegs überrascht, schreibt Münchau also, dass Konservative und Neoliberale eine solche Politik verfolgen, aber was ihn überrascht, »ist die Unfähigkeit der Sozialdemokraten, aus der von konservativer Politik verursachten Depression politisches Kapital zu schlagen. Die Arbeitslosenquote im Euro-Raum liegt jetzt bei zwölf Prozent. Man könnte annehmen, die Sozialdemokraten gingen auf die Barrikaden und rüsteten sich für die politische Machtübernahme. Doch in Wirklichkeit sind sie unfähig, die wirtschaftliche und soziale Katastrophe in ihren Heimatländern zu thematisieren«.

Münchaus These ist, dass das im Wesentlichen daher rührt, dass die Sozialdemokraten heute kein Verständnis für makroökonomische Zusammenhänge haben und an das bisschen, was sie wissen, insgeheim selbst nicht glauben.

Ein bisschen was mag da schon dran sein, aber ich würde Münchaus Diagnose zumindest ergänzen, oder besser, leise korrigieren wollen: Es ist nicht so sehr Dummheit, sondern Angst. Wobei Angst natürlich auch ein Betriebsmodus von Dummheit sein kann, aber das wäre dann schon Wortklauberei.

Denn es ist ja nicht so, dass die Sozialdemokraten nicht auch sagen: Ja, man müsse auch an Wachstum denken. Ja, man dürfe nicht kopflos kaputt sparen. Ja, schaut Euch doch die makroökonomischen Effekte der Austeritätspolitik an. All das sagen sie ja schon. Manche gelegentlich. Manche häufiger.

Sie sagen es freilich nur sehr leise. Sehr verhalten. In diesem defensiven Habitus, der ihnen gewissermaßen zur zweiten Haut geworden ist. In einer Sprache und Körpersprache, die keinen Menschen davon überzeugt, dass sie vielleicht ein überzeugendes Alternativkonzept haben. Und all das gilt nicht nur für die Sozialdemokraten, sondern im Grunde für die meisten Mitte-Links-Kräfte in Europa.

Warum aber dieser defensive Habitus, dieser Kleinmut? Ich würde sagen, ein ganz wesentlicher Grund dafür ist Angst. Die Angst, damit bei der Bevölkerung »nicht durchzukommen«; Man ist paralysiert vor Furcht, mit einem großen Kurswechsel-Konzept, das auf makroökonomischen Verständnis basiert, würde man sich vom Mainstream – der berühmten »Mitte« – zu weit entfernen. Was ja nichts anderes heißt: Man traut sich gar nicht zu, diesen Mainstream zu beeinflussen oder gar zu verändern.

Aus Angst, bei den eigenen Wählern damit nicht durchzukommen und möglicherweise sogar bei der eigenen Basis zunächst einmal auf Unverständnis zu stoßen, greift man nicht einmal die größten Dummheiten der Konservativen an – Angela Merkel und Wolfgang Schäuble können die Zypern-Rettungsaktion wie Schulkinder versammeln und kommen damit durch, weil Sozialdemokraten und Grüne (in diesem Fall in Deutschland) zittern vor Angst.

Europas Tragödie besteht nicht darin, dass Konservative und Neoliberale eine konservative und neoliberale Politik betreiben. Denn wer würde etwas anderes von ihnen erwarten? Europas Tragödie besteht darin, dass das weitgehend oppositionslos passiert, aus Mangel an Entschiedenheit, Mut und

Selbstbewusstsein der vernünftigen Kräfte. Aus Furcht vor der eigenen Courage. Weil diese paralysiert sind aus Furcht und Kleinmut. Kurzum: Wie so oft setzt sich der größte Blödsinn nicht wegen der Macht der Blödsinnigen durch, sondern wegen der Angst und dem Kleinmut derer, die es eigentlich besser wissen – oder besser wissen sollten.

Vielleicht sollte uns das überhaupt Anlass sein, über die Bedeutung der Angst in der Politik nachzudenken. Womöglich haben ja die meisten Probleme, vor denen wir heute stehen, ihre Ursache darin, dass irgendjemand Angst hat. Genauer: Ich bin der festen Überzeugung, dass es so ist. Dass Leute nicht tun, was eigentlich getan werden müsste. Dass Politiker wichtige Schritte nicht tun, aus Angst, sie könnten stolpern.

Man sieht es doch an allen Ecken und Enden. Die Bürger und Bürgerinnen können das aseptische Soundbite-Gerede im Fernsehen, diese inhaltsleeren 50-Sekunden-Waschmittelslogans von Politikern nicht mehr hören. Aber warum reden die eigentlich so? Sie sprechen natürlich deshalb auswendig gelernte Satzgirlanden in die Kamera, weil sie Angst haben, sie könnten einen Fehler machen, wenn sie normal reden. Aus Angst, sie könnten dann einen provokanten Halbsatz sagen, der ihnen später um die Ohren gehauen wird. Oder warum haben eigentlich überall in Europa die Spindoktoren die Kommunikationsstrategie von Mitte-Links-Parteien gekapert, mit dem Ergebnis, dass sich eine Sprache vereinheitlicht hat, die die Bürger nicht mehr hören können? Weil man zur Überzeugung gelangte, man müsse die Botschaft kontrollieren. »Message Control«, heißt das in der Fachsprache. Aber das heißt ja umgekehrt, dass man furchtbare Angst davor hat, die Botschaft könnte »unkontrolliert« werden, wenn jeder Politiker und jede Ministerin einfach so daher redet. Aber genau diese Angst führte zur Etablierung einer Sprache, die überhaupt niemanden mehr von irgendetwas überzeugen kann.

Oder ein anderes, aber nicht ganz unverwandtes Beispiel: Warum ist eigentlich Werner Faymann vergangen

Herbst nicht in diesen U-Ausschuss gegangen? Natürlich aus Angst. Aus Angst, er könnte dort gegrillt werden, als Kanzler schlechte Figur machen, sich sogar verplappern und dann wegen Falschaussage angezeigt werden. Alles durchaus verständliche Überlegungen. Aber mit der Angst vor diesen möglichen Problemen hat er sich ein viel größeres Problem eingehandelt: Nämlich, dass die SPÖ als eine Partei dastand, die ebenso viel zu vertuschen hat wie ÖVP und FPÖ. Angesichts der Diebe auf der anderen Seite ist das schon eine eindrucksvolle strategische Meisterleistung. Und was war, noch mal, die Ursache? Eben: Angst!

Ich könnte jetzt ewig weitere Beispiele anführen. Die meisten unserer Probleme haben ihre Ursache also darin, dass irgendjemand Angst hat. Aber wie will man eigentlich unser Gemeinwesen auf eine bessere Spur bringen, wenn man dauernd aus Angst und Kleinmut viel zu kurz tritt und das Kämpferherz, ja, das ist in die Hose gerutscht? Was hätten die Altvorderen, auf die man zu Jubiläumstagen immer so stolz ist, eigentlich erreicht, wenn sie dauernd von Furcht gepeinigt und paralytisiert gewesen wären?

Die Furcht zu irren ist schon der Irrtum selbst, hat der Philosoph Hegel formuliert. Oder, um das mit dem legendären Satz des us-Präsidenten Franklin D. Roosevelt zu sagen: »Wir haben nichts zu fürchten als die Furcht selbst.« 

**ROBERT MISIK**

lebt und arbeitet als Journalist und Sachbuchautor in Wien.



**ALLE MESSCHUGGE?**

KARL FARKAS BEI EINER RUNDFUNKAUFZEICHNUNG  
© US-INFORMATION SERVICE

# Wohin steuert Hollande?

Zu seinem einjährigen Amtsjubiläum steckt Frankreichs sozialistischer Präsident François Hollande im Umfragetief. Ludwig Dvořák skizziert, warum Hollandes Populärkrise unmittelbar mit dem ausbleibenden europäischen Kurswechsel in der Wirtschaftspolitik in Verbindung steht und warum eine Hinwendung zu einer Angebotspolitik à la Agenda 2010 nicht nur für Frankreich eine Katastrophe wäre.

**A**uf dem Papier würde es politisch eigentlich nicht so schlecht aussehen für François Hollande: Nach den Parlamentswahlen im Juni 2012 hat die Parti Socialiste mit ihren engsten Verbündeten eine bequeme Mehrheit in der Nationalversammlung. In den Regionen und Kommunen hat sie noch aus Oppositionszeiten eine starke Position. Die größte Oppositionspartei, die UMP, hat sich von der Niederlage Sarkozys bis heute nicht erholt: Im Kampf um die Führung der UMP prägten Fälschungsvorwürfe die parteiinterne Kampfabstimmung zwischen Generalsekretär Jean-François Copé und Ex-Premier François Fillon.

Einen Auszählungskrimi, eine Parteispaltung und ein mühsames Wiedervereinigungsabkommen später, hat die UMP weiterhin nur eine fragile Parteiführung, die im September neu gewählt werden muss. Und noch während die UMP um ihre Einheit ringt, kündigt Fillon an, er werde in vier Jahren auf jeden Fall ins Rennen um die Präsidentschaft gehen, komme was da wolle.<sup>1</sup>

Klare Mehrheiten, ein verhältnismäßig gutes Gesprächsklima mit den Sozialpartnern und interne Ranküne in der größten Oppositionspartei – und trotzdem ist in Frankreichs und Europas Medien zum einjährigen Jubiläum von Hollandes Wahlsieg nur von dessen Schwäche und katastrophalen Umfragewerten zu lesen? Eine der Hauptursachen für dieses Paradoxon liegt zweifellos in der wirtschaftlichen Entwicklung Frankreichs. Europas zweitgrößte Wirtschaftsmacht droht in die Rezession zu rutschen und trotz Konsolidierungsmaßnahmen kann das von Sarkozy hinterlassene Budgetloch nicht geschlossen werden. Kleinere Korruptionsaffären belasten das Sauberkeits-Image der neuen Regierung. Vor diesem Hinter-

grund wurde selbst das große gesellschaftspolitische Reformprojekt Hollandes, die Gleichstellung Homosexueller bei der Eheschließung, zum PR-Desaster.

Hollandes Hauptproblem scheinen aber weniger tobende christliche Fundamentalisten zu sein, selbst wenn der Rechten große Massenkundgebungen gegen die Homo-Ehe gelungen sind. Die Arbeitslosigkeit hat im Frühjahr 2013 mit 3,22 Millionen auch in Frankreich einen neuen Rekordwert erreicht.<sup>2</sup> Das ist nur bedingt von Frankreichs neuer Regierung zu verantworten: Europas Sparpolitik sorgt in der gesamten EU für schwache Konjunktur und steigende Arbeitslosigkeit. Natürlich wird dafür trotzdem die amtierende Regierung verantwortlich gemacht, umso mehr, als Hollande einen fundamentalen Kurswechsel in Europa in den Mittelpunkt seiner Wahlkampagne gestellt hatte.

Den Fiskalpakt neu zu verhandeln hatte Hollande versprochen, wenige Monate später ratifizierte Frankreich das von Deutschland forcierte Regelwerk, das Europas Staaten noch striktere und demokratiepolitisch bedenkliche Vorschriften zur Budgetkonsolidierung auferlegt, in unveränderter Fassung. Im Austausch dafür hatte Merkel ihm einen sogenannten »Wachstumspakt« mit einem angeblichen Investitionsvolumen von 200 Milliarden Euro und Schritte Richtung Euro-Bonds zugebilligt. Während Europa weiter auf Wachstum und die Euro-Bonds wartet, sind die Budgeteinsparungen europaweit in vollem Gange und mit ihnen die Verschärfung der Rezessionstendenzen.

Das Ausbleiben des europäischen Kurswechsels bringt Hollande nun aber auch innenpolitisch zunehmend ins

1. [http://www.liberation.fr/politiques/2013/05/09/presidentielle-2017-fillon-sera-candidat-quoi-qu-il-arrive\\_901765](http://www.liberation.fr/politiques/2013/05/09/presidentielle-2017-fillon-sera-candidat-quoi-qu-il-arrive_901765).
2. <http://www.spiegel.de/wirtschaft/soziales/arbeitslosigkeit-in-frankreich-steigt-auf-rekordhoch-a-896613.html>
3. <http://www.theeuropean.de/adrian-lobe/6859-frankreich-braucht-eine-agenda-2010>
4. <http://www.flassbeck-economics.de/produktivitat-und-lohne-pro-stunde-worum-es-innerhalb-und-ausserhalb-einer-waehrungsunion-geht/>
5. <http://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/europas-schuldenkrise/reform-druck-auf-paris-und-frankreich-bewegt-sich-doch-langsam-12183662.html>
6. <http://lajepolitique.com/2013/05/07/hollande-gives-entrepreneurs-tax-cut-amid-budget-trouble/>
7. <http://www.nzz.ch/aktuell/wirtschaft/wirtschaftsnachrichten/frankreich-will-staatsbeteiligungen-verringern-1.18064846>
8. <http://www.connexion-emploi.com/de/a/metallindustrie-in-frankreich-schattenboxen-statt-industriepolitik>

Schleudern. Ein Jahr nach seiner Wahl sind sich v.a. die deutschsprachigen Medien einig, dass Frankreich nur eines helfen könne: Eine Agenda 2010 für Frankreich. Die vom Abstieg bedrohte »Grande Nation« könne nur dann wieder Tritt fassen, wenn sie, nach dem Vorbild Gerhard Schröders in Deutschland, radikal die Lohnkosten senke, den Arbeitsmarkt flexibilisiere und die 35-Stunden-Woche beseitige.<sup>3</sup> Nur so sei die »Wettbewerbsfähigkeit« Frankreichs wiederherzustellen.

Der deutsche Ökonom Heiner Flassbeck gehört zu den prononciertesten Kritikern dieser These: Frankreichs Verlust an internationaler Wettbewerbsfähigkeit sei nicht in der Wirtschaftspolitik Frankreichs begründet: Die Löhne seien in einem vernünftigen Verhältnis zur Produktivität gewachsen, die Realinvestitionen seien in Frankreich sogar höher gewesen als in Deutschland. Das Problem liege in der Lohndumping-Politik Deutschlands unter den Bedingungen einer Währungsunion. Dadurch habe sich Deutschland auf Kosten seiner europäischen Partner einen Preisvorteil auf den Weltmärkten verschafft, zu Lasten des gesamteuropäischen Wachstums, der Stabilität des Euro und der deutschen Binnenkonjunktur.<sup>4</sup>

Aus dieser Perspektive betrachtet, erinnert die deutsche Forderung nach einer »Agenda 2010« für Frankreich ein wenig an den Witz vom Geisterfahrer, der sich auf der Autobahn darüber aufregt, dass das Radio nur von einem Geisterfahrer berichte, wo es doch in Wahrheit hunderte seien, die ihm entgegenkommen. Nicht der Geisterfahrer soll wenden, alle anderen sollen das Steuer herumreißen.

Tatsache ist: Gelingt ein europäischer Kurswechsel nicht, kann Frankreich seine Außenhandelsposition wohl tatsächlich nur verbessern, wenn entweder die europäische Währungsunion aufgelöst wird, oder wenn es die deutsche Politik – mit all ihren sozialen Folgen – kopiert. Letzteres würde aber wohl eine neue Runde des Lohndumpings auch in Deutschland nach sich ziehen, Wachstumsschwäche und Arbeitslosigkeit würden europaweit zum Dauerszustand.

Hollande steht merkbar unter Druck und hat sich bislang noch nicht eindeutig festgelegt, welchen Kurs er weiter verfolgen will. Mal fordert er lautstark eine andere europäische Wirtschaftspolitik ein, dann setzt er im Rahmen eines »nationalen Wettbewerbspakt« mit den Sozialpartnern verhandelte Deregulierungen des Arbeitsrechts durch.<sup>5</sup> Er versucht seine im Wahlkampf angekündigte Millionärssteuer rechtlich unantastbar umzusetzen, gleichzeitig kündigt er trotz Budgetkonsolidierung eine Senkung von Unternehmenssteuern an.<sup>6</sup> Ähnlich zwiespältig agiert die gesamte Regierung. Industrieminister Arnaud Montebourg, der eher dem linken Parteiflügel zugerechnet wird, schwankt zwischen der Ankündigung Staatsanteile an Energieversorgern und Verkehrsunternehmen veräußern zu wollen<sup>7</sup> und Drohungen, von der Schließung bedrohte Stahlwerke zu verstaatlichen.<sup>8</sup>

Diese Zwiespältigkeit ist nicht ohne historische Parallele: Präsident Mitterand trat 1981 mit einem – deutlich mutigeren – sozialistischen Programm an, das er unter – noch deutlich schärferem – internationalen Druck ab 1983/84 aufgab und durch einen Austeritätskurs ersetzte. 1997 wurde Lionel Jospin Premierminister und fand einen fertig verhandelten europäischen »Stabilitätspakt« mit rigiden Budgetvorgaben vor, den er entgegen seinen ursprünglichen Absichten inhaltlich nahezu unverändert, aber mit dem schöner klingenden Namen »Stabilitäts- und Wachstumspakt« übernahm. Während er die 35-Stunden-Woche einführte, privatisierte seine Regierung wie wild und flexibilisierte die Arbeitszeiten.

Beide Erfahrungen legen nahe, sich andere Vorbilder zu suchen und einen anderen Kurs einzuschlagen. Mitterand blieb zwar Präsident, in seiner zweiten Amtszeit versank die Part Socialiste jedoch in einem Sumpf aus Vertrauensverlust, Korruption und Affären, der es fast als Wunder erscheinen ließ, als es Lionel Jospin 1995 in den zweiten Wahldurchgang schaffte. Jospins ambivalente Regierungspolitik wiederum trug 2002 wesentlich zur Zersplitterung der Linken bei, die sein Ausscheiden im ersten Durchgang der Präsidentschafts-

9. [http://www.lemonde.fr/economie/article/2013/04/30/l-amitie-franco-allemande-ne-doit-pas-empacher-le-debat-sur-l-austerite\\_3168611\\_3234.html](http://www.lemonde.fr/economie/article/2013/04/30/l-amitie-franco-allemande-ne-doit-pas-empacher-le-debat-sur-l-austerite_3168611_3234.html)

wahlen bewirkte. Hollande steht ein Jahr nach seiner Wahl vor einer schwierigen Richtungsentscheidung: Frankreichs Wirtschaftsbosse, die Kommission und Deutschlands veröffentlichte Meinung bestürmen den Mann im Elysée »Führungsstärke« zu zeigen, sein Wahlprogramm ad acta zu legen und auf Angebotspolitik zu setzen. Gleichzeitig bricht sich in der französischen Linken Ärger über den ausgebliebenen Politikwechsel Bahn. Ziel der Kritik ist – noch – primär Angela Merkel, aber die oppositionelle Linksfront lässt Hollande spüren, dass sich das schnell ändern kann.

Vieles spricht dafür, dass Hollande eine endgültige Kursentscheidung nicht vor der deutschen Bundestagswahl treffen wird. Gelingt es, gemeinsam mit Deutschland den Kurs der europäischen Wirtschaftspolitik in Richtung Wachstum zu verändern, würde das auf einen Schlag viele Probleme lösen. Der als nicht besonders konfliktfreudig bekannte Hollande könnte sich so mühsame parteiinterne Auseinandersetzungen ersparen. Denn Teile des linken Parteiflügels beginnen zu realisieren und auszusprechen, dass derzeit eine Entscheidung auf der Kippe steht: »Stoppen wir die Austeritätspolitik oder verstärken wir sie?«<sup>9</sup>

Gelingt dies jedoch auch nach den Bundestagswahlen im September nicht, so ist zu befürchten, dass Hollande sein Hauptaugenmerk auf eine Stärkung der Angebotspolitik zu richten beginnt. Das wäre nicht nur für Frankreichs politisches und soziales Gefüge ein Riesenproblem. Wenn Hollande in Ermangelung ausreichender Unterstützung durch die anderen sozialdemokratischen Parteien und Regierungen in Europa für einen wirtschaftspolitischen Kurswechsel inhaltlich kippt, geht ein zentraler machtpolitischer Hebel für diesen Kurswechsel verloren. Statt Frankreich über die Vorzüge von (auch sozialpartnerschaftlich verhandelten) Arbeitsmarktreformen aufzuklären, ist ein Signal für einen europapolitischen Kurswechsel dringender geboten denn je. 

**LUDWIG DVOŘÁK**

ist gf. Chefredakteur der ZUKUNFT.



Lu-Ba und Bruhn

# Julius Tandler

»**Wer Kindern Paläste** baut, reißt Kerkermauern nieder« ist das berühmt gewordene Motto des Wiener Fürsorgewesens der Ersten Republik, das Julius Tandler als zuständiger Stadtrat entscheidend mitgeprägt hat. Seit Jahren umstritten sind aber Tandlers problematische Äußerungen zur Eugenik, mit denen sich der Historiker Herwig Czech kritisch auseinandersetzt, die für ihn aber aus verschiedenen Gründen – anders als im Fall Lueger – keine Platzumbenennung rechtfertigen würde.

**A**ngeregt durch die Diskussionen um die Umbenennung des Dr.-Karl-Lueger-Rings beauftragte Stadtrat Andreas Mailath-Pokorny 2012 den Historiker Oliver Rathkolb mit einer kritischen Bestandsaufnahme der Wiener Straßennamen. Das Ergebnis der Recherche soll in Kürze vorliegen. Bereits jetzt ist abzusehen, dass unter den Sozialdemokraten neben Karl Renner, der bereits heiß im Feuilleton debattiert wird, vor allem Julius Tandler (1869–1936) im Fokus des Interesses stehen wird. Aufgrund seiner Äußerungen zu Bevölkerungspolitik, Eugenik und der Vernichtung »lebensunwerten Lebens« macht er nicht nur eine kritische Auseinandersetzung nötig, sondern eignet sich auch vorzüglich als Zielscheibe für ideologisch motivierte Angriffe auf das Prinzip des Wohlfahrtsstaates.

## DIE GEBURT DER FÜRSORGE AUS DEM GEIST DES KRIEGES

Die Errichtung eines Prototyps österreichischer Wohlfahrtsstaatlichkeit im Roten Wien der Zwischenkriegszeit ist nicht ohne den historischen Kontext des Ersten Weltkriegs zu begreifen. Der massenhafte Tod auf den Schlachtfeldern, den der Staat seinen Bürgern abverlangte, veränderte das Verhältnis zwischen Individuum und Staat grundlegend. Im Jahr 1916 lieferte der spätere Leiter des Volksgesundheitsamtes (1919/20) und Gesundheitsstadtrat der Stadt Wien (1920–1934) Prof. Julius Tandler, zu dieser Zeit Dekan der Medizinischen Fakultät, den Anstoß zu einer Diskussion über die bevölkerungspolitischen Folgen des Krieges. Tandlers Vortrag »Krieg und Bevölkerung«, bestimmt für ein Fachpublikum, gibt einen aufschlussreichen Einblick in die weltanschaulichen Begründungszusammenhänge seines sozialpolitischen Engagements.

Den Krieg interpretierte Tandler im Sinne des Sozialdarwinismus als »monumentale Zusammenfassung des vieltausendfältigen Kampfes ums Dasein.« Auch wenn dies im Widerspruch zu der einige Zeilen weiter geäußerten Einschätzung steht, der Krieg sei »weder ein Rassenkrieg noch ein nationaler Krieg, vielmehr der Krieg bestimmter Interessentengruppen und demnach vor allem ein ökonomischer Krieg«, so galt Tandlers Hauptbesorgnis doch hauptsächlich den biologischen Folgen. Wie zahlreiche andere Eugeniker warnte er vor den vermeintlichen negativen Folgen des Krieges durch eine Umkehrung der »natürlichen Auslese«: »Der Krieg vernichtet oder schädigt nicht nur jene Bevölkerungsgruppe, welche reproduktiv die wertvollste ist, sondern er trifft auch innerhalb dieser Gruppe gerade die wertvollsten, indem er seine Selektion auf die Rekrutierung gründet.«

Daraus folgte seiner Meinung nach, »dass gerade durch den Umstand, dass so viele Untüchtige, also Minusvarianten, infolge des Krieges zur Reproduktion kommen, die Gefahr der Vermehrung dieser Minusvarianten für die nächste Generation größer ist als für die heutige und dass damit die nächste Generation noch mehr bemüht sein wird, diese Minusvarianten zu stützen. So grausam es klingen mag, muß es doch gesagt werden, dass die kontinuierlich immer mehr steigende Unterstützung dieser Minusvarianten menschenökonomisch unrichtig und rassenhygienisch falsch ist.« Zu möglichen indirekten Auswirkungen des Krieges auf die »Tüchtigkeit eines Volkes« zählte Tandler außerdem eine »erhöhte Rassenmischung«. Tandler wollte sich zwar nicht festlegen, »ob Reinzucht auch beim Menschen ein für die Rassentüchtigkeit besonders wichtiges Element ist oder nicht«, dennoch schien es

ihm unzweifelhaft, dass die durch den Krieg hervorgerufene Vermischung vom biologischen Standpunkt aus unerwünscht war.

Um die Menschenverluste des Krieges auszugleichen, verlangte Tandler ein umfassendes Programm zur Hebung der Geburtenziffern und zur Verminderung der Sterblichkeit bis ins frühe Erwachsenenalter: »Zentralisation und Organisation, Opferwilligkeit und Hintansetzen persönlicher Eitelkeiten wird notwendig sein, um in der Fürsorge das zu leisten, was geleistet werden muß, das ist die Aufzucht möglichst vieler guter Elemente bis zum reproduktionsfähigen Alter.« Der Aufbau moderner sozialstaatlicher Strukturen im Roten Wien der Zwischenkriegszeit, an dem Julius Tandler federführend beteiligt sein sollte, findet hier einen eindeutigen biopolitischen Begründungszusammenhang. 1917 wandte sich Tandler mit einem Appell an die breitere Öffentlichkeit, der ebenfalls in drastischen Worten seine unverkennbar auf Rudolf Goldscheids Menschenökonomie basierende Auffassung von den Zielen staatlicher Biopolitik verdeutlichte: »Unter allen Gütern, die in diesem Kriege schwer gelitten haben, ist der Verlust an organischem Kapital, ausgedrückt durch die Zusammenzählung der zugrunde gegangenen Menschen, am allergrößten. Gerade der Krieg, der bei oberflächlicher Betrachtung die Wertlosigkeit des Einzellebens zu erweisen scheint, zeigt in Wirklichkeit den hohen Wert des Menschenlebens, da er allen vor Augen führt, wie sehr Staatlichkeit und Staat an das Dasein der einzelnen Träger dieser Erscheinung gebunden sind. Der Krieg soll, wird und muss die Menschheit davon überzeugen, dass ein kräftiger und in jeder Beziehung gesunder Volkskörper für das Sein eines Staates unumgängliche Bedingung ist.«

Aus der durch den Krieg verursachten biologischen Existenzkrise des Staates leitete Tandler die Forderung nach einer vereinheitlichenden Zusammenfassung der mit dem Gesundheitswesen befassten öffentlichen Instanzen in einem eigenen Ministerium ab, dessen Gründung er im Jänner 1917 auch in einer Audienz bei Kaiser Karl anregte.

## TANDLER ALS EUGENIKER

Tandler legte seine eugenischen Auffassungen auch später bei verschiedenen Gelegenheiten dar, am ausführlichsten in einem Beitrag, der 1928 unter dem Titel »Gefahren der Minderwertigkeit« erschien. Die Aufgabe der Bevölkerungspolitik definierte Tandler auch hier im Sinne der Goldscheidschen Menschenökonomie als »Verwaltung des organischen Kapitals«, wobei unter diesem Überbegriff auch die Maßnahmen der Gesundheitsfürsorge subsummiert wurden. Dabei stellte er einer negativ konnotierten qualitativen Bevölkerungspolitik mit dem Ziel der »rücksichtslosen Vermehrung der Menschen einer Gemeinschaft« im »Interesse der Herrschaft« eine positiv besetzte qualitative Bevölkerungspolitik gegenüber, zu der er sich explizit bekannte: »Die Bestrebungen der Eugenik, der Entartung des Menschengeschlechtes durch Begünstigung in der Fortpflanzung des Tauglichen und durch die Behinderung der Reproduktion der Minusvarianten entgegenzutreten, ja an die Stelle der Entartung Aufartung zu setzen, sind nicht utopisch, wie vielfach gemeint wird.«

Die Annahme eines drohenden Notstandes durch die unkontrollierte Vermehrung der »Minderwertigen«, der durch die Errungenschaften der modernen Medizin und der Sozialfürsorge noch verschärft würde, war damals ein häufig gebrauchtes Argumentationsmuster. »Vorderhand ist das Hauptbestreben der quantitativen Bevölkerungspolitik darauf gerichtet, durch Begünstigung der Aufzucht die Kindersterblichkeit zu vermindern, um so den Ausfall der geminderten Geburtlichkeit zu decken. Aber auch das geschieht vorderhand wahllos und führt zur sündhaften Aufzucht der Minusvarianten auf der einen Seite, zur Vergreisung der Menschheit auf der anderen. Zwei drohende Gefahren für den Bestand des Menschengeschlechtes.« Daraus folgte nach Tandler: »Das gesamte Bestreben der Eugenik kann nur auf zwei Momente hinauslaufen: die Gesunden, die voll Beanspruchbaren in der Fortpflanzung zu begünstigen, die Minderwertigen von ihr auszuschließen.« Auch in einem Diskussionsbeitrag 1930 bedauerte Tandler, dass »die Menschheit sich der Wichtig-

keit der Erkenntnisse der Eugenik zu wenig bewusst ist und vor den vorbereitenden Aktionen zurückschreckt.« Darunter verstand er in erster Linie »die Ausrottung des Minderwertigen«, ohne jedoch an dieser Stelle deutlich zu machen, welche konkreten Maßnahmen er damit verband. Hier zeigt sich die semantische Variante einer »schiefen Ebene«, auf der die propagierte Ausmerzungen von unerwünschten Eigenschaften oder Erbanlagen in Richtung der möglichen Tötung ihrer Träger abgleiten kann, ohne dass dies eindeutig ausgesprochen wird.

Zuweilen plädierte Tandler aber auch explizit für die Tötung von behinderten Neugeborenen. Wie zahlreiche Autoren vor und nach ihm berief er sich dabei auf das Vorbild des antiken Sparta: »Wenn die Spartaner schwächliche Neugeborene am Taigetos ausgesetzt haben, so war dies eine bewußte Ausrottung, die in ihrer Intention vieles für sich hat, die aber in ihrer Durchführung sicher mangelhaft gewesen ist.« Und an anderer Stelle: »Ist doch beispielsweise der von den Lakämoniern zielstrebig geübte Kindesmord nichts anderes, als von bevölkerungspolitischer Verantwortlichkeit diktierte Rationalisierung der Aufzucht.«

Tandlers Argumentation beruhte dabei im Kern auf der Konstruktion eines Interessensgegensatzes zwischen vorgeblich sozial unproduktiven Hilfsbedürftigen und der Mehrheit der »Gesunden«. Die rationale Verwendung der für Sozialmaßnahmen aufgewendeten Mittel sollte sich an einer langfristigen Kosten-Nutzen-Rechnung erweisen, die die Erhaltung von unheilbar Kranken und Behinderten von vornherein als Fehlinvestition erscheinen ließ: »Welchen Aufwand übrigen die Staaten für vollkommen lebensunwertes Leben leisten müssen, ist zum Beispiel daraus zu ersehen, dass die 30.000 Vollidioten Deutschlands diesen Staat zwei Milliarden Friedensmark kosten. Bei der Kenntnis solcher Zahlen gewinnt das Problem der Vernichtung lebensunwerten Lebens im Interesse der Erhaltung lebenswerten Lebens an Aktualität und Bedeutung.«

Tandler bezog sich unter anderem auf Alfred Hoche, einen der beiden Autoren der wichtigsten Schrift zur »Vernichtung lebensunwerten Lebens« vor der NS-Zeit: »Ich will nur an einem ganz kleinen Beispiel auf die bevölkerungspolitisch unproduktiven Ausgaben hinweisen. Rund 300 idiotische oder schwachsinnige Kinder werden von der Gemeinde Wien in Anstalten gehalten. Jedes einzelne kostet 4 S pro Tag. [...] Zirka 5000 Menschen befinden sich als Insassen in den Irrenanstalten der Gemeinde Wien. Sie kosten 30.000 S pro Tag, rund 11.000.000 S im Jahr. [...] Hoche gibt an, dass in Deutschland 20.000 bis 30.000 Idioten in Anstalten leben. Einer kostet 1300 Mark im Jahr, alle zusammen also zirka 33.000.000 Mark jährlich. Da ein Idiot durchschnittlich 50 Jahre alt wird, kostet er 65.000 Mark. Wo gibt es einen normalen Menschen, wo ein Genie, für dessen Erhaltung die Gesellschaft solche Summen verwendet?«

Auch in diesem Zusammenhang waren Tandlers Hoffnungen auf die Zukunft gerichtet, betrachtete er doch eine wesentliche Verschiebung des allgemeinen Rechtsempfindens als unabdingbare Voraussetzung zu einer Durchsetzung der Vernichtung »lebensunwerten Lebens«: »Gewiss, es sind ethische, es sind humanitäre oder fälschlich humanitäre Gründe, welche dagegen sprechen, aber schließlich und endlich wird auch die Idee, dass man unwertes Leben opfern müsse, um lebenswertes zu erhalten, immer mehr und mehr ins Volksbewußtsein dringen. Denn heute vernichten wir vielfach lebenswertes Leben um lebensunwertes zu erhalten. Tradition und überkommene Humanität bindet die Gesellschaft derart, dass sie sich nicht berechtigt fühlt, lebensunwertes Leben zu vernichten. Dieselbe Gesellschaft, welche in ihrer Verständnislosigkeit, in ihrer leichtsinnigen Gleichgültigkeit hunderte von Kindern, darunter vielleicht Talente und Genies, glatt zugrunde gehen lässt, füttert in sorgsamer Ängstlichkeit Idioten auf und rechnet es sich als eine Leistung an, wenn es ihr gelingt, denselben ein behagliches Greisenalter zu sichern. Aber auch auf diesem Grenzgebiete zwischen rationellem Tun und überkommenem Fühlen wird es einen Fortschritt geben, wenn qualitative Be-

völkerungspolitik und nicht quantitative im Mittelpunkt des allgemeinen Interesses stehen wird.«

An anderen Stellen formulierte Tandler allerdings etwas vorsichtiger, so dass seine Schriften einen weiten Interpretationsspielraum eröffnen, welche konkreten Maßnahmen er nun tatsächlich einforderte, welche hingegen er nur als Möglichkeit einer fernerer Zukunft antizipierte: »Es gibt lebensunwertes Leben vom Standpunkt des Individuums, aber auch vom Standpunkt der Bevölkerungspolitik und auch hier geraten Individuum und Allgemeinheit oft in Konflikt. Die Einschätzung des Wertes des eigenen Lebens ist und bleibt ein Teil der persönlichen Freiheit; es gibt nicht nur ein Recht auf Leben, sondern auch eine Pflicht zu leben [Hervorhebung im Original] und die Abschätzung zwischen Pflicht zu bleiben, und Recht zu gehen, ist Angelegenheit des Individuums.«

## KONSEQUENZEN

An den zitierten Aussagen gibt es nichts zu beschönigen. Es handelt sich nicht um einzelne Ausrutscher, sondern um zu Ende gedachte Konsequenzen eines Menschenbildes, das nicht nur auf Empathie, dem Streben nach sozialer Gerechtigkeit und der Minderung von Leiden beruhte, sondern auch auf der Anwendung eines ökonomischen Kalküls auf die Menschen als Individuen und als biologisch gedachtes Kollektiv. Allerdings darf nicht vergessen werden, dass sich diese biologistische Gesellschaftsauffassung in vielen Ländern breiter Akzeptanz erfreute und dass die Eugenik als aufstrebende neue Wissenschaft galt. Auch darf sich die historische Beurteilung einer Persönlichkeit wie Julius Tandler nicht auf einzelne ideologisch bedenkliche Stellungnahmen beschränken. Seinen aus heutiger Sicht vollständig diskreditierten Äußerungen zu Sozialdarwinismus, Eugenik und »Vernichtung unwerten Lebens« steht ein monumentales Lebenswerk gegenüber, das nicht einfach vom Tisch gewischt werden darf. Tandlers Verdienste um die Verbesserung der Lebens- und Gesundheitschancen von hunderttausenden Menschen in Wien und darüber hinaus können hier auch nicht annähernd gewürdigt

werden. Unter Tandlers Führung erhielt Wien zum ersten Mal in der Geschichte ein modernes und umfassendes Fürsorgesystem, das weltweit Bewunderung hervorrief. Schon die Aufzählung der in seiner Amtszeit neu geschaffenen oder stark ausgebauten Institutionen – von Kindergärten, Horten, Mutterberatungsstellen über Schwimmbäder bis zu Schulzahnkliniken – würde den Rahmen dieses Beitrags sprengen. Diese Fortschritte verdankten sich keinem historischen Automatismus, sondern wurden hart gegen die Widerstände des bürgerlichen Lagers erkämpft, aus dem Tandler ständigen, auch antisemitisch gefärbten Angriffen und Anfeindungen ausgesetzt war.

Haben Tandlers eugenische Auffassungen Spuren in der konkreten Praxis der Wiener Gesundheitsverwaltung in der Zwischenkriegszeit hinterlassen? Das offensichtlichste Beispiel ist die Wiener »Eheberatungsstelle«, die einen ersten Versuch in Richtung eines langfristigen eugenischen Erziehungsprojekts darstellte. In der Praxis entwickelte sie sich allerdings nachfragebedingt sehr bald in Richtung einer Beratungsstelle für Verhütung und allgemeine sexuelle Probleme. Darüber hinaus wäre allenfalls zu fragen, ob nicht Tandlers Unterscheidung von »produktiven« und »unproduktiven« Fürsorgeausgaben zu einer einseitigen Bevorzugung von Schwangeren, Kleinkindern und Jugendlichen gegenüber chronisch Kranken und alten Menschen geführt hat.

Auf keinen Fall gibt es eine direkte Linie von Julius Tandlers utopischen Gedankenexperimenten zu den quasi-industriellen Vernichtungsprogrammen der Nationalsozialisten gegen Menschen mit geistigen Behinderungen oder psychischen Krankheiten. Die NS-»Euthanasie« wurde von zentralen Instanzen der NSDAP mit Hilfe der staatlichen Strukturen des Deutschen Reiches flächendeckend durchgesetzt. Die konkrete Umsetzung der Mordaktionen wie auch des breiteren rassenhygienischen Programms stützte sich in Wien in erster Linie auf einzelne Experten aus dem »Altreich« und auf überzeugte österreichische Nationalsozialisten, die sich in der

Regel bereits als »Illegale« um die NS-Bewegung Verdienste erworben hatten. Aus diesen Kreisen war Tandler als Jude und Sozialdemokrat schon früh Anfeindungen ausgesetzt gewesen und kam als Ideengeber nicht in Frage. Zudem hatte Tandler gegen Ende seines Lebens selbst unter politischer Verfolgung zu leiden; hätte er die Machtübernahme der Nationalsozialisten erlebt, wäre er zu einem Opfer der antijüdischen Vertreibungs- und Vernichtungspolitik geworden.

Die Benennung von Straßen und öffentlichen Plätzen nach historischen Persönlichkeiten stellt nicht nur eine Ehrung der Namensgeber dar, die Straßennamen sind auch Teil des (offiziellen) kollektiven Gedächtnisses. Daher sollte man sich die Entscheidung zu einer Umbenennung nicht zu leicht machen. Der Fall Lueger war viel eindeutiger: Wer sich auf Antisemitismus als zentrales Instrument seiner politischen Kommunikation stützte, der sollte als Namensgeber symbolisch wichtiger Orte nicht länger in Frage kommen.

Tandlers Äußerungen hingegen verweisen auf eine Ambivalenz zwischen Fürsorge und Bevormundung, die dem modernen (Wohlfahrts-)Staat von Beginn an innewohnte und die auch heute nicht ganz verschwunden ist. Ihn als Namensgeber aus der Topographie der Stadt entfernen zu wollen käme daher dem Versuch gleich, ein widerspruchsfreies und geglättetes Bild der Vergangenheit und damit auch unserer Gegenwart herzustellen. Ein solcher Akt würde eine notwendige Debatte beenden, bevor sie richtig begonnen hat. Tandlers Äußerungen zum Vorwand für Angriffe auf die Legitimationsbasis des wohlfahrtsstaatlichen Modells zu nehmen, stellt dabei jedenfalls keinen konstruktiven Beitrag zu einer kritischen Auseinandersetzung dar. 

### Bibliographie

**Baader, Gerhard** (2007). »Eugenische Programme in der sozialistischen Parteienlandschaft in Deutschland und Österreich im Vergleich«. In Mayer, Thomas, Hofer, Veronika and Baader, Gerhard (ed.), Eugenik in Österreich. Biopolitische Methoden und Strukturen von 1900-1945. Wien: (pp. 66-139). | **Sablik, Karl** (1983). Julius Tandler. Mediziner und Sozialreformer. Eine Biographie. Wien | **Tandler, Julius** (1916), »Krieg und Bevölkerung«. Wiener klinische Wochenschrift, vol. 29, pp. 445-452. **Tandler, Julius** (1924), »Ehe und Bevölkerungspolitik«. Wiener Medizinische Wochenschrift, vol. 74, pp. | **Tandler, Julius** (1928), »Die Gefahren der Minderwertigkeit. Vortrag am 13. 2. 1928 für den Bund für Volksaufartung und Erbkunde«. Das Wiener Jugendhilfswerk. Jahrbuch 1928, vol. pp. 3-22. | **Tandler, Julius** (1930), »Was ist Konstitution?«. Wiener klinische Wochenschrift, vol. 43, pp. 318-319.

### HERWIG CZECH

ist Historiker am Dokumentationsarchiv  
des österreichischen Widerstandes, APART-Stipendiat  
der Österreichischen Akademie der Wissenschaften.



Ein Film von Joel und Ethan Coen  
Kinostart: 19. März 1998



# THE BIG LEBOWSKI

Autor ETHAN COEN und Regisseur JOEL COEN  
v.l.n.r.

# Der Austrosozialismus zur Zeit des Anton Benya

**Heinz Kienzl vertritt** in seinem Beitrag die im, in ZUKUNFT 02/2013 von Felix Butschek besprochenen, Buch »Anton Benya und der Austrosozialismus« aufgeworfene These, dass es in Österreich so etwas wie »eine sozialistische Gesellschaft in einer Generation« gegeben hat.

**M**arx postulierte eine Abfolge von Gesellschaftsordnungen, von der Urgesellschaft über die Sklavenwirtschaft, den Feudalismus, den Kapitalismus auf den dann der Sozialismus folgt. So haben wir es wenigstens gelernt.

Nach Marx muss vor dem Sozialismus eine Revolution stattfinden. Otto Bauer hatte 1919 behauptet, dass es die Österreichische Revolution gegeben hatte. Die wahre Revolution, die große Umwälzung, fand allerdings erst später statt, als aus dem Rest der Habsburger-Monarchie, die ein Agrarstaat mit feudalistischen Strukturen war, in einem höchst schmerzhaften Prozess der Industriestaat, die II. Republik, entstand.

Auch mussten die Autoren, die den Sozialismus in Österreich vorfanden, ein Problem lösen. Wie stand es da mit der Vergesellschaftung der Produktionsmittel? Wir hatten zwar einen beachtlichen Sektor verstaatlichter Betriebe, das war aber freilich nicht die ganze Firma. Rudolf Hilferding erwartete eine Konzentration des Kapitals bei einigen Banken. Die musste man dann nur unter gemeinwirtschaftliche Kontrolle stellen und das Problem könnte so gelöst werden. Otto Bauer, wohl wissend, dass Staatsbeamte schlechte Geschäftsleute sind, wollte den Weg über eine gemeinwirtschaftliche Kontrolle der Betriebe wählen. Uns half Egon Matzner, der Hauptautor von Kreiskys Parteiprogramm aus der Patsche indem er nicht das juristische Eigentum an den Produktionsmitteln für nicht relevant erklärte, sondern die Verfügung über ihre Leistungen. Mit anderen Worten: die Wirtschaft soll den Menschen dienen.

Und da wäre dann das das Problem des Sozialismus in einem Land, also die Kontroverse Stalin – Trotzki. Die stalinistischen Experimente erwiesen sich als wenig überzeugend:

von der DDR bis Kuba entwickelten sich nur schreckliche Diktaturen mit armseligen wirtschaftlichen Ergebnissen. Für unser Vorhaben standen die Voraussetzungen jedoch günstiger. Unserer Nachbarstaaten im Westen und Süden waren Wohlfahrtsstaaten.

Seinen Beitrag zu einer Studie über Austrosozialismus in den Goldenen Jahren von 1965 bis 1995 beschloss der gegenwärtig amtierende Volkswirtschaftliche Referent des ÖGB, Georg Kovarik, mit einem Zitat von Fritz Zeisel. Fritz Zeisel war ein Mitarbeiter von Paul Lazarsfeld bei der Studie »Die Arbeitslosen vom Marienthal«. Er wurde von Professor Stadler nach Wien eingeladen und nach seinem Vortrag stellte man ihm die Frage: »Was ist die Zukunft des Sozialismus?«

Und er antwortete: »Solange es Schwache und Hilfsbedürftige gibt, und Starke und Hilfsbereite, wird es den Sozialismus geben!«

So einfach wie Zeisel machten es sich die fünf weiteren Volkswirtschaftlichen Referenten des ÖGB, Kienzl, Lachs, Tumpel, Muhm und Zourek nicht. Sie bemühten sich um den Nachweis, dass wir in der Zeit von 1965 bis 1995 eine Gesellschaft entwickelt hatten, die wohl das Adverb »sozialistisch« verdient. Sie bereicherten ihre Ausführungen, wie es sich für Ökonomen geziemt, mit Beweisen, mit Wirtschaftsdaten und Umfrageergebnissen. Will man von einer sozialistischen Gesellschaft sprechen, muss diese dem Arbeitnehmer Vollbeschäftigung, steigende Einkommen und verbesserte Lebensqualität bieten. Es waren vor allem die Vollbeschäftigung, die den Arbeitnehmern die Existenz sicherte und ihr Selbstwertgefühl steigerte, dann das Wirtschaftswachstum, das einen langsam, aber sicher steigenden Lebensstandard und die steigende Lebenserwartung ermöglichte, die als ein Indikator für die Lebensqualität in einem Land gelten kann.

Mit nur einigen Daten wurde das illustriert:

	1965	1995
Beschäftigung	2.500.000	3.100.000
Wirtschaftswachstum, BNP	5%	3%
Lebenserwartung	70 Jahre	77 Jahre
Spareinlagen auf Sparbüchern	4,981 Mio. €	112,795 Mio. €
Jahreseinkommen	20.000 €	37.000 €

Die Rolle der Persönlichkeit kommt in dem Buch nicht zu kurz, und außer Benyas Leistung, dessen 100. Geburtstag übrigens Anlass für die Produktion der Studie war, wird vor allem der Einfluss von Kreisky auf die Entwicklung der Gesellschaft gewürdigt. Schon Anfang der 60er Jahre konnte der ÖGB sein Programm, das 1959 von Benya und seinem Team entwickelt worden war, umsetzen. Wobei Bundeskanzler Klaus eine recht positive Rolle als Reformerspieler spielte. Da er ein wenig Angst um seine Alleinregierung hatte, stütze er sich sehr stark auf den ÖGB. Es war also eine breite Bewegung, die in zahlreichen Reformen in den 70er Jahren ihren Höhepunkt fand.

Das Wirtschaftswachstum war nicht nur ein wichtiges, sondern auch ein tragfähiges Fundament des Austrosozialismus. Es ermöglichte eine dauerhafte Steigerung der Realeinkommen der Arbeitnehmerfamilien, einen Ausbau der Versorgung der Pensionisten und dazu noch Förderung kultureller Aktivitäten. Vor allem aber sicherte das Wirtschaftswachstum die Vollbeschäftigung.

Paradoxe Weise war es unter Intellektuellen, die sich selbst im linken Spektrum einordneten, die das Wirtschaftswachstum nicht nur abzulehnen, sondern auch für die Dauer als unhaltbar zu erklären. Das statistische Futter liefert der »Club Of Rome« mit seiner Studie »Limits to growth«.

Die Blütezeit dauerte eine Generation, dann ging es bergab! Der Anstoß kam von außen, die USA, der Hegemon in der OECD schwenkte in Richtung des Washington Consensus,

Großbritannien folgte. Reagan und Thatcher setzten auf den Abbau des Staates zugunsten der Marktwirtschaft, Entmachtung der Gewerkschaften und dem Rückbau jenes sozialen Fortschrittes, der in den europäischen Gesellschaften seit dem Krieg entwickelt worden war.

Dieser Wind of Change, ausgehend von den USA, verstärkt durch Großbritannien, hat uns aber auch den anderen fortschrittlichen Staaten Europas vieles verblasen, wie zum Beispiel den Rheinischen Kapitalismus und das skandinavische Modell. Benya und Vranitzky konnten nur noch eine Zeit lang die Stellung halten.

Der Zangenangriff vom Washingtoner Konsensus und vom Wachstumsskeptizismus war auch für die Gewerkschaftsbewegung folgenreich. Nach Bernstein war auch der Organisationsgrad der Gesellschaft sehr wichtig, dieser wurde geschwächt, als die Großbetriebe immer weniger wurden. Dazu kamen noch Niederlagen des ÖGB, wie zum Beispiel beim Kampf um das Kraftwerk Hainburg und da verlor auch Anton Benya seinen Ruf als starker Mann, der alles durchsetzen kann. Der ÖGB konnte dann auch Lassalles Forderung, dass der mit dem Stimmzettel eroberte Staat etwas für die Arbeiter leisten soll, im neuen Jahrtausend nur noch geschwächt verteidigen, wie Kovarik es nachweist.

Aber das Haus steht noch, es ist ganz wohnlich. Kommende Generationen müssen nicht bei Null anfangen wie die Aufbaugeneration. Erich Foglar hat in seinem Vorwort zu »Anton Benya und der Austrosozialismus« darauf hingewiesen, dass man die Vergangenheit kennen muss, wenn man die Zukunft gestalten will. Natürlich kann man nicht zweimal in denselben Fluss steigen, worauf uns Heraklit schon hingewiesen hat. 

**HEINZ KIENZL**

war langjähriger Generaldirektor und Vizepräsident der Österreichischen Nationalbank und ist heute Obmann der Sozialwissenschaftlichen Studiengesellschaft.

# Warenwelt, Internet & Gorbatschow



**Wolfgang Ullrich**  
ALLES NUR KONSUM

Wolfgang Ullrich, der gern (Kunst-)Themen gegen den gefälligen Strichbürstet, wertet die Konsumkultur auf und befragt sie dennoch kritisch. Die Inszenierung von Markenartikeln unserer aller Erfahrungswelt betrifft. Mit einem Duschgel,

Tee oder Joghurt wird heute immer auch eine Lebenshaltung verkauft. Mit dem neuen Wellnessdrink kaufen wir uns ebenso ein gutes Gewissen wie mit fair gehandeltem Kaffee.

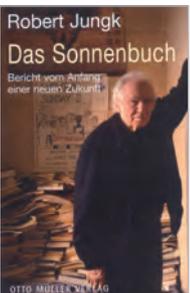
**WAGENBACH**, 208 Seiten, 12,60 Euro



**Steffan Heuer, Pernille Tranberg**  
MICH KRIEGT IHR NICHT!

Das ist eine Gebrauchsanweisung, wie wir unsere Online-Identität schützen und welche Werkzeuge wir benutzen sollten – wie man das Internet nutzt und sich dabei nicht verliert. Wie man Tracking-Cookies blockiert, »LikeIt«-Buttons ausschaltet und neugierige Apps neutralisiert – denn wichtiger als ein sogenannter »Service«, den uns profitorientierte Firmen »bieten«, ist unsere Privatsphäre.

**MURMANN**, 240 Seiten, 17,50 Euro



**Robert Jungk**  
DAS SONNENBUCH

Es ist ein Fund aus dem Nachlass des Zukunftsforschers Robert Jungk: eine unscheinbare Mappe enthält ein Fragment, das Anfang der achtziger Jahre entstand. Zum 100. Geburtstag von Jungk liegt nun die unverhoffte Entdeckung des »Sonnenbuchs« vor. Es macht deutlich, wie leidenschaftlich Robert Jungk auf die Kraft der Sonne als Symbol und Instrument einer zukunftsfähigen und friedfertigen Welt setzte.

**OTTO MÜLLER**, 160 Seiten, 18,00 Euro



**Antje Vollmer, Lars-Broder Keil**  
STAUFFENBERGS GEFÄHRTEN

In zehn Porträts stellen die beiden Autoren einige der Widerstandskämpfer um Stauffenberg vor, beschreiben deren Handeln und Beweggründe sowie das Schicksal ihrer Familien. So erweitern sie den Blick auf die durchaus unterschiedlichen Ursprünge des Widerstands gegen den Nationalsozialismus.

Für das Buch haben sie den letzten noch lebenden Teilnehmer am Attentat, Ewald-Heinrich von Kleist, interviewt.

**HANSER**, 254 Seiten, 20,50 Euro

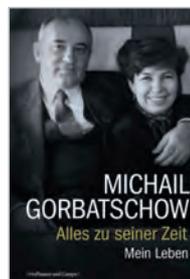


**Jessica Mitford**  
HUNNEN UND REBELLEN

Wenige Familien aus der englischen Aristokratie vereinten die dünkelfhaften, hinterweltlichen, aber auch die zuweilen radikal unkonventionellen Züge dieser Gesellschaftsschicht in dieser Konzentration auf sich wie die Mitfords in den dreißiger Jahren. Jessica Mitfords

Memoiren liefern die boshaftesten Porträts nicht nur ihres exzentrisch reaktionären Elternhauses.

**BERENBERG**, 336 Seiten, 25,80 Euro

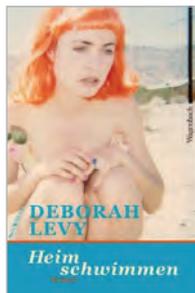


**Michail Sergejewitsch Gorbatschow**  
ALLES ZU SEINER ZEIT

Fast fünfzig Jahre lang lebte Michail Gorbatschow an der Seite seiner Frau Raissa, die er in Moskau kennenlernte. Beide verband eine innige Liebe und ein intensiver geistiger Austausch. Anlässlich ihres Todes ruft sich Gorbatschow die wichtigsten Stationen seines Lebens ins Gedächtnis. Flankiert werden seine Erinnerungen von Tagebuchaufzeichnungen, die kurz nach dem Tod seiner Frau entstanden.

**HOFFMANN UND CAMPE**, 552 Seiten, 25,70 Euro

# Ehen, Familien & Scharaden



**Deborah Levy**  
HEIM SCHWIMMEN

Es könnte ein Ferienidyll sein, an der französischen Riviera – wäre da nicht Kitty Finch, die sich in der Villa einnistet und die Lebenshülsen der englischen Familie Jacobs in sich zusammenfallen lässt. Die Autorin zeichnet sieben Tage eines beunruhigenden und doch vertrauten Familienpanoramas – unbehauste Personen, unfähig zu einem gemeinsamen Zuhause, die sehr komisch sind.

WAGENBACH, 168 Seiten, 18,60 Euro



**Paula Fox**  
WAS AM ENDE BLEIBT

Paula Fox' berühmtester Roman gehört inzwischen zum Kanon der amerikanischen Literatur. Er erzählt von Sophie und Otto Brentwood, einem kinderlosen, recht wohlhabenden Ehepaar, das ein Backsteinhaus in Brooklyn bewohnt. Ein kleiner Vorfall, der Biss einer streunenden Katze, wächst sich zur lebensbedrohenden Krise aus, Pannen und Streitigkeiten enthüllen die Fragilität ihres Ehe- und Gesellschaftslebens.

C. H. BECK, 224 Seiten, 19,50 Euro



**Julian Heun**  
STRAWBERRY FIELDS BERLIN

Ein Berliner Boulevardjournalist muss grenzdebile Artikel und Promi-Stories schreiben, träumt von einem anderen Leben und trifft Robert. Der ist aus dem deutschen Mief ausgestiegen und, bis über beide Ohren verliebt, der schönen Luca durch Indien hinterherreiste. Heun lotet das Lebensgefühl der Twentysomethings zwischen Anpassung, Vernunft und Freiheit aus und liefert ein ironisches Zeitbild.

ROWOHLT BERLIN, 224 Seiten, 20,60 Euro



**Sergej Lebedew**  
DER HIMMEL AUF  
IHREN SCHULTERN

Ein dunkles Geheimnis schweißt sie zusammen – Enkel und Großvater sind unzertrennlich. Doch dann stirbt der Großvater. Der Enkel reist in dessen Vergangenheit und findet nördlich des Polarkreises eine grausame Wahrheit. Im stalinistischen Russland war der Großvater Kommandant eines Gefangenenlagers. Wie konnte er all die Jahre mit dieser Last auf seinen Schultern leben.

S. FISCHER, 336 Seiten, 20,60 Euro



**Rosa Liksom**  
ABTEIL NR. 6

Mit Wodka, Knoblauch und einem Ex-Knacki durch die Weiten Sibiriens – draußen vor dem Zugfenster ziehen die unendlichen Weiten Sibiriens vorbei, drinnen im Abteil Nr. 6 ist es beklemmend eng. Die finnische Archäologiestudentin sitzt nur eine Armeslänge entfernt von einem mit allen Wassern gewaschenen Russen, und aus der beschaulichen Fahrt mit der Transsibirischen Eisenbahn wird ein Höllentrip.

DVA, 224 Seiten, 15,50 Euro



**Péter Esterházy**  
ESTI

Péter Esterházy wird zu Kornél Esti, dem charmantesten Romanhelden der Literatur aus Ungarn, einer Erfindung des großen Schriftstellers Dezső Kosztolányi. Esterházy schlägt Haken und Kapriolen, taucht ab – bis alles, jede Begebenheit, jeder Gedanke die Form von Kornél Esti annimmt. Esti kann eine Studentin in skandalös kurzen Röcken sein, die Jungfrau Maria oder auch ein betender Karpfen.

HANSER BERLIN, 368 Seiten, 25,60 Euro

# Schweden und Österreich: Wer ist das Vorbild?

**S**chweden muss bis 2020 seine Arbeitslosenquote von mehr als 8% der Erwerbspersonen auf das österreichische Niveau von 4% halbieren. Dieses Ziel formulierte der sozialdemokratische Parteichef Stefan Löfven, der nach den Reichstagswahlen im September Ministerpräsident werden will. Wenn die schwedische Sozialdemokratie Österreich als Vorbild nennt, dann ist das angesichts der historischen Zusammenhänge erstaunlich: Bildeten der schwedische Wohlfahrtsstaat und die Vollbeschäftigungspolitik doch den Leitstern für Bruno Kreiskys Reformpolitik der 1970er Jahre.

Steht Österreich heute sozial- und wirtschaftspolitisch tatsächlich besser da als das langjährige Vorbild? In Bezug auf die Arbeitslosigkeit ist das unstrittig. Die rechte Koalitionsregierung in Stockholm hat seit ihrem Amtsantritt 2006 die Bekämpfung der hohen Arbeitslosigkeit, ganz besonders unter Jugendlichen, völlig vernachlässigt. Bei anderen Arbeitsmarktindikatoren kann hingegen Schweden punkten: Die Beschäftigungsquote von Menschen im Alter von 50 bis 64 Jahren liegt mit 77% merklich höher als in Österreich (58%) und auch jene von Frauen ist noch immer höher (72%) als bei uns (67%). Vor allem ist die Qualität der Jobs besser: Bei ähnlich hoher Teilzeitquote arbeiten Frauen in Österreich im Durchschnitt 15 Wochenstunden im privaten Sektor zu recht niedrigen Löhnen, hingegen in Schweden 25 Wochenstunden im Bereich öffentlicher sozialer Dienstleistungen.

Das umfassende Angebot an sozialen Dienstleistungen macht den nordischen Wohlfahrtsstaat einzigartig. Bei ähnlich hohen Gesamtkosten der Familienförderung gehen in Schweden die Hälfte der Mittel in Sachleistungen wie Krippen und Kindergärten; in Österreich ist das nur ein Fünftel. Für Pflege gibt Schweden in Relation zum BIP drei Mal so viel aus

wie Österreich, ausschließlich in Form von Sachleistungen wie Heimhilfen oder Pflegeheime. Die Vollversorgung mit sozialen Sachleistungen schützt in besonderem Ausmaß die Menschen in den Phasen am Beginn und Ende des Lebens, investiert umfassend zugunsten von Frauen und erfüllt das Prinzip der Gleichheit. Hier ist in Österreich noch viel zu tun. Hingegen steht das heimische Gesundheitssystem heute in Umfang und Qualität der Leistungen besser da als das schwedische, einzig bei der Vorsorge haben die Schweden die Nase vorne.

Schweden steht zusammen mit Dänemark, dank des hohen Abgabenniveaus und der guten sozialen Dienstleistungen, in der Gerechtigkeit der Einkommensverteilung weltweit an der Spitze; Österreich bildet hier nur den Spitzenreiter des Mittelfeldes. Doch die Konzentration der Vermögen, die die Verteilung von Wohlstand und Macht zunehmend bestimmt, ist in beiden Ländern sehr hoch, höher sogar als im EU-Durchschnitt.

Schweden und Österreich liegen bei nahezu allen anderen Wohlstandsindikatoren besser als der Rest der EU. Sie könnten gemeinsam ein Vorbild für die anderen Länder bilden. Doch die Bereitschaft zu einer Führungsrolle in der EU ist in Stockholm wie Wien gering. Noch immer lebt die Vorstellung, man könne den Sozialstaat langfristig ausschließlich mit nationalstaatlichen Instrumenten bewahren. Vielleicht ein fataler Irrtum. Wer den Sozialstaat sichern und ausbauen will, der muss ihn mit einer aktiven Sozial-, Beschäftigungs- und Verteilungspolitik auf europäischer Ebene absichern. 

**MARKUS MARTERBAUER**

leitet die Wirtschaftswissenschaft in der AK Wien.

Blog: <http://blog.arbeit-wirtschaft.at/>



